

Studien zur _____

Philosophie & Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis

Horst Müller

Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative

Die Besteuerung des Kapitals und eine neue
Wirtschaftsverfassung als Grundlage
gesellschaftlicher Emanzipation

Bibliographischer Hinweis

Das Portal der *Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft* (IPkW) verzeichnet diese Publikation als wissenschaftliche Literatur zum freien Zugang. Nürnberg, im März 2019. Open access unter https://www.praxisphilosophie.de/kapitalwirtschaft_oder_soziooekonomie_als_systemalternative.pdf

Ein Abstract findet sich am Ende des Beitrags

Hinweis zum Ausdruck

Beiträge zur PRAXIS-Diskussion sind im .pdf Format als Broschüre formatiert.

Drucker auf „Broschüre“, „Beide Seiten“, „Bindung links“ einstellen.

Einfacher Ausdruck mit „Hochformat“, „Größe anpassen“, „2 Seiten pro Blatt“.

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945, Sozialphilosoph und Sozialinformatiker. Redakteur des Portals praxisphilosophie.de. Arbeitsschwerpunkte: Konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Stadt- und Sozialforschung, gesellschaftliche Transformation.

<https://www.praxisphilosophie.de>

dr.horst.mueller@t-online.de

Horst Müller

Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative

Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation

„So wie die Neoliberalen fünfzig Jahre gebraucht haben, um ihre Vorstellung von Gesellschaft schrittweise durchzusetzen, so wird man eine alternative Navigationskarte aufbauen müssen. ... Es muss ganz klar der Zusammenhang zwischen Theorie und ihrer Funktion als Navigationssystem aufgezeigt werden, dabei muss die herrschende Theorie zerstört werden und auf Basis der Zerstörung eine alternative Sicht aufgebaut werden. So ist dies immer in jeder Wissenschaft gewesen, das ist eben ein Paradigmenwechsel. Der ist aber in der Ökonomie besonders schwierig, weil eben ökonomische Theorien, im Gegensatz zur Naturwissenschaft, ihr Objekt in der Realität verändern.“

(Stephan Schulmeister 2018)

1. Zur Erforschung einer Systemalternative

1.1 Suchbewegungen für eine Systemalternative

Vor der 2008 aufgebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise war der Begriff „Transformation“ wenig gebräuchlich. Inzwischen hat sich ein breiteres Feld von Debatten und Initiativen entwickelt und der Begriff inspiriert auf dem weiten Feld technick-, ökologie-, wachstums- und überhaupt alternativer und systemkritischer Bestrebungen.¹ Die vorliegende Untersuchung bestärkt den Gedanken, dass es dabei um einen grundsätzlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Wandel geht. Also nicht nur darum, den Sozialstaat vor dem neoliberalen Furor zu retten oder um allgemeine Ansinnen, dass es in der Welt gerechter, solidarischer, demokratischer und friedlicher zugehen möge oder schließlich das irdische Habitat zu retten sei: Damit ist bei Weitem noch nicht gesagt, wo eigentlich der Ausgang und die Treppe zu einer zivilisatorisch höher entwickelten Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsform zu finden ist.

¹ Es geht um Ideen und Konzepte im Spektrum von einem Buen Vivir über einen Green New Deal bis zum Ökosozialismus, darunter die Solidarische Ökonomie, Degrowth und Postwachstum, von Zukunftsfragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung bis zu einem Postkapitalismus.

Die gegenwärtigen Suchbewegungen lassen auch zurückdenken an weltweite revolutionäre Ereignisse und die antisystemischen Bewegungen der 60er und 70er, an das 1989 besiegelte Scheitern vormaliger staatsplanwirtschaftlicher Experimente, oder auch an inzwischen verblasste radikalreformerische und reformsozialistische Ansätze in West und Ost.² Es ging bei Letzteren um eine weder nur markt- noch einfach planwirtschaftliche gesellschaftliche Zukunft. Unter dem Eindruck der verfahrenen Systemkonfrontation richteten sich die Hoffnungen auf einen neuen Weg im Sinne eines demokratischen Sozialismus.

Für die heutige Diskussion über reformerische Alternativen oder eine gesellschaftliche Transformation (Deppe 2016; Reusch 2016) ist dies alles ein schon weiter zurückliegendes Vor- und Erfahrungsfeld. Aufgrund enormer negativer Erfahrungen, wegen erheblicher sozial-ökonomischer und kultureller Veränderungen sowie aufgrund der neuartigen globalen Konstellation des 21. Jahrhunderts ist die Diskussion anders gestimmt.

Um im Stimmengewirr der Sozial- und Systemkritik, der vielfarbigsten Proteste, auch linkstheoretischer Hypes eine Orientierung zu finden, erscheint es ganz vernünftig, das möge sich alles „verdichten, verknüpfen, ineinander übergehen“ und zu dem werden, was Karl Polanyi einmal eine „Große Transformation“ nannte (Brie 2014: 9). Und nachdem noch keine „konkrete Utopie“ (Bloch 1977: 226) in Sicht ist, liegt es nahe, zunächst an „reale Utopien“ anzuknüpfen, etwa von bestehenden „Mischformen“ auszugehen, „alternative Wirtschaftsräume“ zu festigen und auf „dauerhafte Kämpfe“ für die „Erweiterung der gesellschaftlichen Macht über die Wirtschaft“ (Wright 2017: 486 ff.) zu orientieren.

Eine solche Verbindung von Nah- und Fernzielen ist allerdings in keiner Weise fokussiert und stößt auf harte Grenzen: Dass aus vielen progressiven Ansätzen nach und nach eine Erosion und schließlich ein Umschlag jener „die Wirtschaftstätigkeit bestimmenden Machtkonfiguration“ (Wright 2017: 489) erwachsen könnte, ist schon angesichts der konzeptionellen Verlegenheiten und Differenzen der Kritiker und Opponenten wenig wahrscheinlich. Es gibt weder eine exakte Frage noch die Antwort, *warum* es seit gut 100 Jahren nicht gelungen ist, die erhoffte und erwartete politisch-ökonomische Systemalternative zu entwickeln.

Sicher scheint zunächst dies: Der fehlende Halt in der Zukunftsorientierung bedeutet eine katastrophale Entwaffnung und Orientierungslosigkeit der gesellschaftlichen Linken gegenüber dem nur noch halb verkleideten Totali-

² Zu diesem Spektrum gehören etwa die jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung sowie markt- und reformsozialistische Ansätze von Rudolf Bahros „Die Alternative“ bis zur „Humanen Wirtschaftsdemokratie“ von Ota Sik, nicht zu vergessen Andre Gorz „Sinnfragen“ und Zukunftsfragen „am Ende der Arbeitsgesellschaft“.

tarismus des entfesselten Neoliberalismus und „Informations-“ oder „Überwachungskapitalismus“ (Zuboff 2019). Das vernebelte Feld der gesellschaftlichen und geschichtlichen Situation wird dem herrschenden brutalen Praktizismus sowie irrealistischen Ideen und reaktionären Strömungen überlassen. Mit „Zukunfts-Gesellschafts-Bau-Phantastereien“ (MEW 34: 309) ist dagegen nicht anzukommen.

Schließlich benötigt die in kleinsten, in größeren Schritten oder im Krisenfall angestrebte „gesellschaftliche Ermächtigung“ in jedem Fall eine Option in Form einer politisch-ökonomisch halbwegs buchstabierten, vertrauenswürdigen Alternative. Sonst begäbe womöglich „die ganze alte Scheiße“ (MEW 3: 35) von vorne, oder auch eine noch schlimmere neue, nachdem nichts wirklich überzeugt und funktioniert.

1.2 Zur Methode der System- und Transformationsforschung

Man kann dem „Neoliberalismus“ als Weltreligion mit Kreuzzugsmentalität und der entsprechenden liberalistischen Zurichtung des gesellschaftlichen Intellekts auf Dauer nicht nur damit begegnen, dass man auf fehlende wissenschaftliche Dignität, asoziale Charakterzüge und die Unmöglichkeit eines krisenfreien Managements verweist. Daher konzentrieren sich die folgenden Überlegungen ganz und gar darauf, eine positive Alternative, das heißt eine im politisch-ökonomischen Betriebssystemkern anders programmierte und bessere, menschlich und gesellschaftlich höher stehende Wirtschaftsverfassung zu eruieren.

Die veranschlagte praxiswissenschaftliche Transformationsforschung³ unterscheidet sich von Ansätzen, die mehr oder weniger auf *antithetische Konstruktionen* hinauslaufen, über das begrenzte Operationsfeld *kritischer Theorien* wenig hinauskommen oder vor allem *moralisch-utopische Ansprüche und Perspektiven*⁴ formulieren. Alle derartigen Ideen und Konzepte verfügen nicht über das letztlich Entscheidende: Ein tragfähiges *politisch-ökonomisches Orientierungssystem des Neuen*. Dazu muss auch sofort notiert werden: Eine „politische Ökonomie des Sozialismus“, die diesen Namen verdient, wurde bisher nie entwickelt oder praktiziert (Richter 2012).⁵

³ In erkenntnis- und grundlagentheoretischer Hinsicht liegt das Konzept einer „dialektischen Praxiswissenschaftlichkeit“ (Müller 2018a) zugrunde. Zur philosophischen Vertiefung siehe Schmied-Kowarzik (2018a).

⁴ Dazu immer noch erhellend: „Denkformen in Sachen Sozialismus“ (Fleischer 1978).

⁵ Selbst der „Sozialismus chinesischer Prägung“ beinhaltet zunächst den „Aufbau eines modernen Wirtschaftssystems“ mit „gemischten Eigentumsformen“, einem „Marktwirtschaftssystem“ sowie einem „Gefüge allseitiger Öffnung“ und versteht sich für „noch lange Zeit im Anfangsstadium“ (Xi Jinping 2017: 13, 31 ff.).

Eigentlich ist klar, dass die entsprechenden Ansatzpunkte im Gegenwärtigen, was also früher vielleicht nur „Andeutungen auf Höheres“ (MEW 42: 39) waren, eigentlich nur aus der Perspektive jener künftigen, „höheren“ Formbildung gesellschaftlicher Reproduktion und Praxis erfasst werden können, die es doch erst zu gewinnen gilt: Die scheinbare Ungereimtheit dieser Argumentation löst sich in der Übergangswirklichkeit des 21. Jahrhunderts dadurch auf, dass sich die Alternative darin bereits kristallisiert hat, insoweit existiert und, wie sich zeigen wird, einer dialektischen Praxisanalytik zugänglich ist. So lautet jedenfalls die für das Folgende erkenntnisleitende Hypothese oder Konzeptualisierung.⁶

Diese „Übergangssituation“ oder Übergangsperiode (Müller 2015: 357 ff.), die reelle Grundlage der heute möglichen Transformationsforschung, ist *als solche* ein durchschlagend dialektischer, mehrdimensionaler Prozess, der einmal so charakterisiert wurde: „Diese Reproduktion ist aber *zugleich* Neuproduktion (Hv. H.M.) und Destruktion der alten Form“ (MEW 42: 401 ff.). Das entsprechende „Begreifen der Praxis“ (MEW 3: 7 f.), vor allem der „Neuproduktion“ im Praxisformwandel, ist daher auch kaum möglich ohne eine Restitution und Zugrundelegung des dialektischen, eingreifenden Praxisdenkens. Es handelt sich dabei um einen gesellschaftswissenschaftlich integralen Wissenschaftstyp jenseits des „Morasts“ der üblichen akademisch-wissenschaftlichen Spartenentrennungen (Wallerstein 2008). Ganz wesentlich ist dabei die Besinnung auf den utopistisch inspirierten, entfremdungskritischen und transformationstheoretischen Status der von Marx begründeten „Wissenschaft der politischen Ökonomie“ (Müller 2015: 118 ff.).

Auf dem nicht einfachen und teils ungewohnten Weg in Richtung auf positive Lösungen wird ein Szenario entwickelt, das vor allem jenen maßgeblichen wirtschaftsgeschichtlichen Veränderungen Rechnung tragen soll, von denen Marx kaum etwas wissen konnte. Es geht dabei um die Formierung des über den Industriekapitalismus hinaus wesentlich weiter entwickelten „Sozialkapitalismus“: Dieser ungewohnte Begriff soll gleich im nächsten Abschnitt geklärt werden. Im zweiten großen Schritt kann daran eine werttheoretisch fundierte Reproduktions- und Transformationsanalytik (Müller 2015: 460 ff.) ansetzen. Diese entspricht der eigentlichen Methode der Forschung von Marx, jetzt aber praxiswissenschaftlich weitergebildet, angewandt auf die moderne sozioökonomische Konfiguration und im Denkhorizont eines vollständigen Systemwandels. So können Konstituti-

⁶ Dieses Konzept des „Übergangs“, einer eröffneten gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangsperiode“ und bezüglich in ganz bestimmter Weise positiv (wie auch negativ!) latenzhaltiger „Übergangsgesellschaften“ fußt auf dem „Praxiskonzept“ (Müller 2015) und tritt so auch Theorien einer „Postmoderne“ entgegen.

onselemente einer durchaus nahe liegenden Systemalternative identifiziert und wirtschafts-, fiskal- und sozialpolitische Folgerungen gezogen werden: Ansatzpunkte für eine vertiefte Kritik des Bestehenden und zur Orientierung einer gesellschaftlichen und politischen Linken.

2. Die neue Ausgangsbasis: Latenzhaltiger Sozialkapitalismus

2.1 Umriss der formationellen Veränderungen nach Marx

An die Stelle des industriekapitalistischen Typs trat im Fortgang des 20. Jahrhunderts nicht nur ein postfordistischer, wohlfahrtsstaatlich verkleideter und in der nächsten Phase neoliberal zugerichteter, finanzwirtschaftlich aufgeblähter und globalisierter „Kapitalismus“, sondern zunächst die reifere, „latenzhaltige“ Formierung eines „Sozialkapitalismus“ (Müller 2015: 434 ff.). Der Begriff bezeichnet nicht einfach einen marktwirtschaftlich-sozialstaatlichen (Flassbeck 2018) oder „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013). Er zielt vielmehr auf die maßgebliche sozioökonomische Grundstruktur fortgeschrittener Wirtschaftsgesellschaften.⁷ Diese können ansonsten und in allen Weltgegenden sehr unterschiedliche staats- bzw. gesellschaftspolitische Formen oder kulturelle Prägungen aufweisen und sind damit, wie auch immer, ins kapitalistische Weltsystem verstrickt.

Worauf beruht die Ausprägung des „Sozialkapitalismus“? Ein entscheidender Aspekt ist die wirtschaftsgeschichtliche Ausfaltung dessen, was gewöhnlich als gesellschaftliche „Infrastrukturen“ angesprochen wird (vgl. Läßle 1973; van Laak 2018): Was Marx im Entwicklungsstadium des Industriekapitalismus noch unter der Kategorie einer „unproduktiven Arbeit“, also nicht kapitalwirtschaftlich wertbildenden Dienstleistung, zum Beispiel des Hausarztes, oder auch als nebengeordneten reinen Staatsverbrauch fasste, wie zum Beispiel den durch Steuern finanzierten Wegebau, hat sich seit dem 20. Jahrhundert immer mehr im Sinne einer Sphäre des Öffentlichen, von ausgedehnten administrativen, sozialinfrastrukturellen und kulturellen Diensten, zu einer eigenen *ökonomischen Formbildung und Hauptabteilung* des Wirtschaftslebens entwickelt.

Die sozialwirtschaftlichen Dienste sind sogar die wirtschaftsgeschichtlich eigentlich expansionsbedürftige, ausdehnungsfähige und emanzipative ökonomische Kategorie. Van Laak spricht gar von einer „infrastrukturierten Hochmoderne“ (van Laak 2018: 276). Schließlich kann sich das Verhältnis dieser „sozialwirtschaftlichen Dienste“ zu der Sphäre

⁷ „Das Label ‚Finanzmarktkapitalismus‘ macht die Wirkung zur Ursache, indem ‚die Bewegung der Industrie und des Weltmarktes‘, wie es Friedrich Engels ausdrückt, ‚in der umkehrenden Spiegelung des Geld- und Effektenmarktes‘ ins Schaufenster gestellt wird.“ (OXI Wirtschaft anders denken, Januar 2019)

industriewirtschaftlicher Warenproduktion, in der Produktionsmittel und Konsumgüter hergestellt werden, ohne die Vermittlungs- und Ordnungsfunktionen des modernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats nicht realisieren.

So stellt diese im Kern dreigliedrige Praxisformierung im Verhältnis zum Typus eines Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert ein neues Niveau produktiver gesellschaftlicher Kräfte und realer Vergesellschaftung dar. Die weiter gehende Untersuchung der drei maßgeblichen Formanten und ihrer ko-aktiven, systemischen Konfiguration soll auf die Spur von neuartigen Verhältnissen führen, die sich darin kristallisieren.

2.2 Die Rolle des Staates im sozialkapitalistischen Kontext

Während sich die dominierende, auch international vernetzte Waren- und Kapitalwirtschaft immerfort motorisch überdreht und relativ eigenmächtig entwickelt, wachsen die Anforderungen an das organisierte Gemeinwesen. Daher treibt es den Steuer- und Sozialstaat, die nötigen Finanzmittel aus dem Getriebe zu ziehen, um die Realisierung der für das wirtschaftliche wie gesellschaftliche Leben unabdingbaren Grundlagen zu gewährleisten.

An die Stelle jener eher nur autoritativen „Regierungsmaschinerie“ (MEW 19: 30) trat der moderne Steuer-, Rechts- und Sozialstaat, der als zentraler Promotor und Mediator des sozial-ökonomischen Gesamtprozesses fungiert.⁸ Diese moderne Staatlichkeit ist eine enorm komplexe und gesellschaftlich interaktive Institutionalität, die sich föderal oder subsidiär von zentralen Instanzen über regionale Ebenen bis zur kommunal verfassten urbanen Praxis, hinein in diese vieldimensionale „Ganzheit des praktischen Lebens“, als „lokaler Staat“ (Hentschel 2017: 237, 250) ausgefaltet hat.

In diesem Sinne lautet eine bereits vor einem Jahrhundert ergangene, heute noch mehr aktuelle Anmahnung an die politische Ökonomie: „Mit der Struktur des Haushaltes des Staates und der anderen öffentlichen Körper, die zusammen das unendlich differenzierte föderative Gebilde des Gemeinwesens ausmachen, entscheidet sich darum das Ganze der gesellschaftlichen Ökonomie“ (Goldscheid 1976: 261 ff., 315). Goldscheid und Schumpeter (1976: 351 f.) machten bereits auf das „Staatschulden-Problem“, die „Krise des Steuerstaats“ aufmerksam. Und es sieht so aus, dass sich die „Finanzkrise des Staates“ (O'Connor 1974) heute als noch weit mehr zugespitztes Systemproblem darstellt.

⁸ In operativen Erfolgen von Keynes' Konzept oder auch im New Deal reflektierte sich die neue Rolle des Staates, öffentlicher Ausgaben, Investitionen oder auch Schulden, allerdings ohne werththeoretische Grundlage und marxistische Konsequenz.

2.3 Zur Formbildung und Ausfaltung sozialwirtschaftlicher Dienste

Marx' Verweis auf die „Herausarbeitung der Produktionsbedingungen“ „zu allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen“ (MEW 25: 274, 456 f.) trifft eine heute durchschlagende wirtschaftliche und zivilisatorische Haupttendenz: Es erwachsen immer höhere Anforderungen an die dem ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben vorausgesetzten allgemeinen Existenzbedingungen oder besser Entwicklungsmittel der Gesellschaft, im Unterschied zur Produktion universal austauschbarer Warendinge. Marx war der Angelegenheit bereits ahnungsvoll nahe gekommen, als er für die „höchste Entwicklungsstufe“ einer industriekapitalistischen Formierung antizipierte, dass sich dann das „Gesamtkapital eines Landes“ in „diese beiden Formen teilt“ (MEW 42: 438-440, 587): Frühe Hinweise auf die Tendenz zur Privatisierung des Öffentlichen und Kapitalisierung gesellschaftlichen Existenzgrundlagen, die auch vor dem Trinkwasser der ewig durstigen Spezies Mensch nicht Halt macht.

Auf sozialkapitalistischem Niveau stellt sich jene Form des „Allgemeinen“ in allen möglichen Sphären dar. Es betrifft Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, staatliche und kommunale Verwaltung und das Rechtswesen, Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung sowie Wirtschaftsförderung, Soziale Sicherung, Energie und Entsorgung, Wohnungsbau und Stadtentwicklung, Verkehr und Kommunikation, Medien und Information, Sport, Freizeit und Kultur, Soziale Dienste, Gesundheit und Seniorendienste, Ökologie und Umwelt, Sicherheit und Verteidigung, nicht zuletzt internationale Aufgaben. Insbesondere gehört dazu auch die künftig noch weit mehr nötige *gesellschaftliche* Bearbeitung von ökologischen Folge- und Existenzproblemen.⁹

Die institutionellen und betrieblichen Formen auf den entsprechenden Feldern des Öffentlichen oder Sozial-Infrastrukturellen (O'Connor 1974; Mattert 2017), in der Diktion von DDR-Ökonomen die „Nichtproduzierende Sphäre der Volkswirtschaft“ (Hahn 1984: 24 ff.), sind investiv, organisatorisch und finanzwirtschaftlich hoch entwickelt. Sie weisen vor allem analog zur Welt der Industrie eine hohe „organische Zusammensetzung“ des Kapitals auf, benötigen also eine enorme materiale und investive Ausrüstung.

⁹ Eine umfangreiche Registratur des Sozialwirtschaftlichen enthält mein Artikel über die „Besteuerung des Kapitals“ und die Bedeutung der „sozial-ökonomischen Infrastrukturen“ (Müller 2018b: 63). Eine ganz andere Kategorie sind z.B. „unternehmensnahe“ Dienstleistungen in der kapitalwirtschaftlichen Sphäre. Persönliche Dienstleistungen rangieren wiederum gesamtwirtschaftlich auf ganz eigene Art.

Als „sozialwirtschaftliche Dienste“, so jetzt der exakte Begriff, produzieren sie keine beweglichen oder gar global transferierbaren, warenwirtschaftlichen Elemente¹⁰, sondern infrastrukturelle Grundlagen für alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens oder das zivilisatorische Gehäuse einer bestimmten Gesellschaft. Solche moderne Gesellschaftlichkeit weist in dieser Konfiguration eine primäre Dimension reproduktiver *Selbstbezüglichkeit* auf und ist daher sozialräumlich oder national begrenzt.

In diesen Zusammenhang spielen ganz erheblich gesellschaftliche Entscheidungen oder Auseinandersetzungen herein, was kapitalwirtschaftlich, in der Form von Waren, oder sozialwirtschaftlich, in der komplementären Form sozialwirtschaftlicher Dienste realisiert werden soll: Die Auseinandersetzungen über die „Privatisierung des Öffentlichen“ oder etwa eine „Rekommunalisierung“ markiert das entsprechende „Schlachtfeld öffentliche Daseinsvorsorge“ (Steinhardt 2017).¹¹ Daraus folgt für den Forschungsansatz, dass bezüglich der theoretischen wie praktischen Zuordnung empiristische und statistische Klassifizierungen oder gar die gerade herrschende kapitalwirtschaftliche Perspektive versagen. Vielmehr ist zunächst eine Modellierung und Analytik der elementaren Grundverhältnisse notwendig.¹²

2.4 Die kommunal verfasste urbane Praxis oder das Alltagsleben

Die „Ausfaltung“ des modernen Staatswesens reicht bis auf die lokale und regionale Ebene und manifestiert sich in der Gestalt der „kommunal verfassten urbanen Praxis“ (Müller 2015: 520 ff.).¹³ Wenn daher im Folgenden vom „Staat“ die Rede ist, ist jenes institutionelle Ensemble des modernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats gemeint, dessen hochgradig ausdiffe-

¹⁰ Nach dieser Auffassung setzt weder die Digitalisierung noch die Informationstechnologie die Warenform, Kategorie des ökonomischen Werts oder die „Verwertungslogik“ des Kapitals außer Kraft. Aber es mag „Übergangsformen“ geben.

¹¹ Die Forderung lautet, dass diese zukünftig „ganz überwiegend und unmittelbar von öffentlich-rechtlichen Organisationen übernommen werden“ sollten, die „nicht nach dem Profitprinzip gesteuert werden dürfen“ (Flassbeck 2018: 362).

¹² Ohne eine entsprechende abstraktive, wenn man so will „reine“ Modellierung (MEW 23: 12) der politisch-ökonomischen Ausgangskonstellation kann man über einen Wandel der „ökonomischen Formen“ nicht gut reden.

¹³ Der Prozess der Urbanisierung bezeugt die konstitutive Bedeutung der „sozialwirtschaftlichen Dienste“. Dabei bildet die Privatisierung von Wohneigentum oder der privatwirtschaftliche Wohnungs- und Städtebau mit seiner investiven Masse eine besondere Rolle im Zusammenhang der Kapitalakkumulation (Wiegand 2013): Die üblen Konsequenzen erscheinen gegenwärtig als Wohnungsfrage.

renzierte Institutionalität von der nationalen oder zentralen bis auf die kommunale Ebene durchgeht. Diese Staatlichkeit trägt heute noch einen tiefen Prägestempel als Exponent kapitalistischer Verhältnisse und ist von daher ebenso eine „Stätte widerstreitender Tendenzen“ (vgl. Basso 1976).

In diesem Zusammenhang bildet das Städtische das Gehäuse eines vieldimensionalen Alltagslebens. Um zu erfassen, was die im Folgenden anvisierte, unter der Ägide einer politisch-ökonomisch ermächtigten Staatlichkeit mögliche Emanzipation der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ für Umwälzungen der Lebensgrundlagen und Lebenskultur auch vor Ort bewirken könnte, wäre einige „neue Sensibilität“ und soziale oder „kulturrevolutionäre“ Phantasie¹⁴ zu mobilisieren (Marcuse 1984; Lefebvre 1972: 263 ff.). Auch hier ginge es jedenfalls nicht um eine Abschaffung oder ein Absterben des Staates, sondern dessen „Anverwandlung“ an neue Verhältnisse, das heißt hier: um eine bessere Kommunalverfassung inclusive demokratischer Partizipation und einer gewichtigeren Positionierung der Kommunen im Staatswesen, weiterhin um die Ausfaltung sozialwirtschaftlicher Dienste auf lokaler Ebene und allen Lebensgebieten.

So könnte sich der heute grob entfremdete Näheraum der „kapitalistischen Stadt“ (Castells 1977) in einen anders gearteten Entwicklungsraum sozialer Reproduktion und der Individuen als solcher verwandeln. Vorerst, im Rahmen der sozial zerspaltenen und gegensätzlichen, kommerziell und kapitalökonomisch geprägten Herrlichkeit des Städtischen, erscheint eine weniger „smarte“, dafür wahrhaft kommune Gestaltung von Verkehr und Kommunikation, Wohnen und Umwelt, Freizeit und Kultur kaum möglich. Warum ist das so?

2.5 Die Kapitalwirtschaft und die sozialkapitalistische Formierung

In der modernen Figuration spielt als dritter „Formant“ die stets auch gesellschaftlich verwurzelte, zugleich in hohem Maße international organisierte, vernetzte und weltökonomisch vorherrschende Kapitalwirtschaft mit. Diese beansprucht seit der neoliberalen Radikalisierung um 1980 immer rücksichtsloser die Oberhoheit über die gesamte gesellschaftliche und inzwischen globale Entwicklung. Was immer man in Vergangenheit und Gegenwart unter der Rubrik eines „great civilising influence“ des Kapitals (MEW 42: 445 ff., 322 f.) notieren könnte, ist doch niemals zu trennen von den dunklen Seiten dieser „alles beherrschenden ökonomischen Macht“ (MEW 42: 41):

¹⁴ Bloch spricht von „objektiver Phantasie“ (Bloch 1977: 256 f.). Solche mag Marx bei seinen Gedanken zur Verkürzung des Arbeitstags und künftiger „social disposable time“ als *wahres* „Maß des Reichtums“ beflügelt haben (MEW 42: 603, 607).

Der von jener „Entfremdung“ (MEW 40: 542 ff., 574; MEW 42: 721-723) geprägte und invasive Typus des Wirtschaftens beherrscht das gesellschaftliche Arbeitsvermögen und verewigt die Pressionen in der Sphäre der Arbeit, der Einkommen und sozialen Sicherung; zerspaltet die Gesellschaft in benach- und bevorteilte, konkurrierende, gebildete und ungebildete, höchst ungleich situierte und gegeneinander gestellte, mächtige und ohnmächtige Fraktionen; gängelt oder zwingt das staatlich verfasste Gemeinwesen von innen wie von außen und treibt es in die Verschuldung; usurpiert und deformiert das Öffentliche bzw. die sozial-infrastrukturellen Grundlagen durch Privatisierungen und erzwungene Austerität; materialisiert sich in buchstäblich überwältigenden automatischen und informatischen Systemen und puscht eine produktivistische und konsumistische Zivilisation; befördert ungleichmäßige Entwicklungen im gesellschaftlichen Raum und setzt sich im Wachstumszwang und finanzwirtschaftlichen Rausch weiter über ökologische Imperative hinweg; drängt totalitär, das gesellschaftliche Leben und Denken zu erfassen und zu kontrollieren; generiert immer neue soziale Probleme, „entwickelt“ sich durch immer neue Krisenfälle und muss auf diese Weise unablässig expandieren, rivalisieren und in internationale Konfrontationen münden.

Zum Verständnis dieser multiplen Krisis der gesellschaftlichen Existenz ist die Wissenschaft der politischen Ökonomie unverzichtbar: Es geht um die elementaren Formen und Tendenzen des „Kapitals“. Dessen alles durchherrschende zivilisatorische Treib- und Entwicklungskraft (MEW 42: 430 ff.!) ist untrennbar mit der eben umrissenen Phänomenologie verbunden. Daher ist fatal, dass entsprechende Erkenntnisse und Errungenschaften im gesellschaftlichen Intellekt nur noch als randständiges und gefährdetes Wissen oder, je nach Aktualität, eher als bloße Plakatierungen von Marx gegenwärtig sind. Auf der anderen Seite hat man jetzt mit pseudokonkreten, teils idiotischen Konzeptualisierungen zu tun. Diese wirken als mehr oder weniger ausgekochte Manipulationswissenschaften in den Praktizismus des wirtschaftlichen Lebens und der Wirtschaftspolitik hinein und dienen täglicher Volksgehirnwäsche.

In dieser verkehrten Denkwelt fiel in der Tat „jede rationelle Grundlage der politischen Ökonomie weg“ (MEW 25: 158, 178). Inzwischen mehren sich glücklicherweise auch Anzeichen von Dissidenz, etwa in der „pluralen“, „heterodoxen“ oder einer schon entschieden „neuen Ökonomik“ (Flassbeck 2018). Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bilanzierte, die Makroökonomie der letzten 30 Jahre sei „bestenfalls spektakulär nutzlos, schlimmstenfalls absolut schädlich“ gewesen. Und es gelte „das Sprichwort, dass sich wissenschaftlicher Fortschritt vor allem durch Beerdi-

gungen vollzieht – also erst wenn die alte Generation abtritt, ist der Weg für neue Erkenntnisse frei.“

Die „rationelle Grundlage“ der Marxschen Kapitaltheorie, der Dechiffrierung jener vernebelten Realität, liegt in der reproduktionstheoretischen Modellierung einer industriewirtschaftlichen Warenproduktion als Ganzes, wenn man so will als ein geschlossenes System mit bestimmten Parametern und Regeln. Von da stellt sich Marx' Konzeption des ökonomischen Werts¹⁵ als zwingende Schlussfolgerung dar, die freilich einiges Abstraktionsvermögen abfordert. Abgesehen von den leichter zu verstehenden sozialpolitischen Implikationen des „Mehrerts“¹⁶ ging noch ein anderes Licht auf: Bei genauerer Betrachtung der innerlichen Verwobenheit und Dynamik des Geschehens wurde kenntlich, dass dieser Reproduktionsordnung ein intrinsischer Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwang innewohnt, der zugleich immer neue Produktivitätssteigerungen, Prozess- und Produktinnovationen verlangt.¹⁷ Das alles macht sich *in der* und *durch die* privat- oder einzelwirtschaftliche Praxis geltend. Es bestimmt das Geschehen auch auf dem höheren Entwicklungsniveau der sozialkapitalistischen Formierung und ist von Anfang an der eigentliche Motor der kapitalwirtschaftlichen großen Expansion und ihrer Umwälzungen, bis hin zum äußersten, letztendlichen Schub der neoliberalen Globalisierung.

In nahezu der gesamten aktuellen System- und Wachstumsdiskussion, besonders wo das Transformationsproblem unmittelbar aufgrund der Frage nach einer *nachhaltigen Ökonomie* oder nur mit Blick auf *demokratische Kontrolle* aufgerollt wird, herrscht in diesem Punkt keine Klarheit: Der systemisch konstitutive Aspekt ist, wie ein Gen für krebsartiges Wachstum, das *ökonomische Wertkalkül*, welches das wirtschaftliche Leben als immer zugleich natürlichen und sozialorganischen und somit widersprüchlichen Prozess beherrscht. Diese fundamentale Widersprüchlichkeit der ökonomischen Praxis ist dieselbe im „demokratischen Kapitalismus“, auf Grundlage

¹⁵ Die Behauptung, dass hier eine „Metaphysik des Arbeitswerts“ vorliegt, vertuscht nur den pragmatischen Idiotismus der entsprechenden Produktionsfaktoren- oder Nutzentheorie, den Mangel an jeglicher rationalen Vorstellung von *ökonomischem Wert* und letztlich bezüglich des *wirklichen* Charakters der Kapitalwirtschaft.

¹⁶ Die *Form* des Mehrerts ist, rein für sich genommen, Ausdruck einer rationalen Wirtschaftsrechnung. In der spezifischen kapitalistischen Reproduktionsordnung schlägt diese Rationalität um und zeitigt ganz andere Resultate als man denkt.

¹⁷ Diese zwanghaft mitgegebene, prinzipiell grenzenlose technologisch-informatische Aufrüstung unterliegt keiner Beschränkung durch praktische Vernunft oder gesellschaftliche Direktive: Eine Tendenz zur technizistischen Überentwicklung und Grenzüberschreitung menschlich-gesellschaftlicher Maße, vom digitalen Idiotismus bis hin zum Risiko der Selbstausslöschung.

des Privateigentums an Produktionsmitteln, wie etwa auch nach deren nur formeller Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung, in einem gemischten planwirtschaftlichen System.

Man wird daher auch die für viele Länder weiter dringlichen und bedrängenden Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben unter kapitalwirtschaftlicher Ägide, also in einer Mischung aus Glanz und Elend, weiter unter der „Tyrannei des Wachstums“, nicht zu einem guten Ende bringen können (vgl. Bello 2005; Hickel J. 2018). Aus alledem folgt: Ein Alternativdenken oder eine Transformationsforschung, welche die real anzunehmende Ausgangsbasis und das eigentliche systemische Kernproblem verfehlen, das diese geschichtlich transitorische Wirtschaftsweise immer noch zu lösen aufgibt, kann kaum zu einem brauchbaren Ergebnis kommen. Wie sollte das aber anders möglich sein?

3. Transformationsanalyse der sozialkapitalistischen Reproduktion

3.1 Die Übergangsperiode und Marx' Transformationsgedanken

Die kritische Analytik der Kapitalwirtschaft, ihrer Entstehung und wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen, war für Marx ein „zunächst“ angegangenes theoretisches Hauptstück auf einem anvisierten, wesentlich weiter führenden Weg: Es heißt, es führt „unsere Methode zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse - und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet.“ (MEW 42: 373). Marx hat dem entsprechend immer wieder versucht, bereits „Übergangsformen“ zu identifizieren. Die Arbeit am wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen Emanzipationskonzept (MEW 42: 91) wurde aber theoretisch und lebensgeschichtlich auf halbem Wege abgebrochen: Auch daher die enormen Schwierigkeiten einer authentischen Interpretation und Fortführung des begonnenen Werks.

Dazu gehörte heute an erster Stelle, eine weitsichtige, inspirierende These aufzugreifen: Die Grundannahme war, dass mit der vollen Ausprägung des „Weltmarkts“, die schließlich erst wir als „neoliberale Globalisierung“ erlebten, der Eintritt in eine gesellschaftsgeschichtliche Periode des „Übergangs“ (MEW 42: 94 ff.) verbunden ist, in der „zugleich alle Widersprüche“ der Gesellschaftsformation akut werden (MEW 42: 154). In den Zusammenhang dieser Widersprüche gehören selbstverständlich und mehr als je auch die auf Dauer ruinösen ökologischen Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung für die „Erde und den Arbeiter“ (MEW 23: 528 ff.; MEW 25: 782, 784). Unvermeidlich *zwingt* die eingetretene, heute noch unausgemachte Übergangssituation zu Wegentscheidungen (Wallerstein 2002: 9, 43) und verlangt daher nicht nur die Beantwortung der Frage

„Stirbt der Kapitalismus?“ (Wallerstein 2014) oder besser „Wie wird der Kapitalismus enden?“ (Streeck 2015), sondern vor allem alternative und positive Zukunftsorientierungen.

In dieser sich chaotisierenden, äußerst schwierigen Situation kann die Besinnung auf die Prozessfigur des Geschichtlichen weiterhelfen, die Marx einmal so beschrieben hat: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus Nichts entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern innerhalb und gegensätzlich gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse (MEW 42: 203).

In diesem zwei- oder mehrdimensionalen Formwandlungs- und Übergangsprozess besteht der entscheidende Widerspruch zwischen der mehr oder weniger routinemäßigen, vorstrukturierten und habituellen Praktizität und entsprechenden „kognitiven Strukturen“¹⁸ oder Welten, auch damit korrespondierenden *wissenschaftlichen* Ideen und Welten, und einem „im Schoße“, wie Marx das nannte, also sozusagen unter der Decke zugleich mit prozessierenden, noch mehr oder weniger verborgenen neuen Produktivkraftensemble, das heißt einer alternativen Praxisfiguration. Der Denkraum heutiger Transformationsforschung umfasst demnach den halb virtuellen Raum eines vollständigen Praxisformwechsels, wobei alles auf die Erkenntnis und praktische Geburtshilfe für diese latente Alterität ankommt. Wie kann der Grundgedanke aber wissenschaftlich präzisiert und ausgearbeitet werden?

3.2 Modellierung der sozialkapitalistischen Reproduktion

Die Ausgangsbasis der Transformationsforschung wird gewonnen, indem die von Marx modellierte industriekapitalistische Reproduktionsordnung um die im fortgehenden 20. Jahrhundert neu hinzugekommenen Konstitutionselemente erweitert wird. Es handelt sich um den Typus des modernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats sowie die - durch diesen steuerlich finanzierten und haushaltspolitisch vermittelten - sozialwirtschaftlichen Dienste. Dabei werden die beiden klassischen waren- und industriewirtschaftlichen Reproduktionsbereiche für Produktionsmittel und Konsumgüter zunächst als eine primäre Hauptabteilung zusammengefasst.¹⁹ Die

¹⁸ Bourdieu ging von da aus und weiter zur radikalen These einer „staatlichen Konstruktion des Geistes“, um die „Unterwerfung unter die herrschende Ordnung“ zu erklären (Bourdieu 1998: 115-122).

¹⁹ Einen Eindruck von Marx' Gedankengängen vermittelt der Brief vom 6. Juli 1863, in dem Marx *sein* „tableau economique“ an Engels zur Sichtung vorlegt. Seine entsprechende Selbstverständigung drückt sich in eingehenden Untersuchungen in den „Theorien über den Mehrwert“ aus (MEW 26.1/2/3), insbesondere über den kata-

nunmehr zweite Hauptabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste steht in der erweiterten, neuen Reproduktionsordnung in einem komplementären Verhältnis zur Warenwirtschaft, sozusagen als gegenüber liegender Komplex.

Zu den industriegewirtschaftlichen Unterabteilungen, auf die die klassischen Reproduktionsschemata abstellen, ist anzumerken, dass der Ausdruck „Abteilungen“ oder auch „Sektoren“ missverständlich ist. Es handelt sich um zwei widersprüchlich verbundene, simultane Prozessdimensionen dieser reproduktiven Praxis, die praxislogisch als deren notwendige „innere Gliederung“ (MEW 42: 154) erscheint. Bei den jetzt hinzugekommenen und neu benannten „sozialwirtschaftlichen Diensten“ handelt es sich, wie gesagt, um eine im Verhältnis zur „Warenform“, welche die primäre Sphäre prägt, grundsätzlich verschiedene „spezifische gesellschaftliche Form“ (MEW 42: 741) der Produktion der „allgemeinen und gemeinsamen, gesellschaftlichen“ Existenz- und Entwicklungsmittel (vgl. Sekera 2016: 49).

Der ganze Ansatz zielt zunächst auf eine methodisch notwendige, möglichst „reine“ Form- und Reproduktionsanalytik, von der etwa „Variationen“ des Kapitalismus eher ablenken könnten. Er wird dabei aber durchaus empirisch gestützt, sei es etwa durch die enorme „Staatsquote“ (Müller 2001) oder auch durch die offenkundig wachsende Bedeutung und wünschenswerte Ausdehnung der sozial-infrastrukturellen und kulturellen Grundlagen einer zivilisierten Gesellschaftlichkeit (vgl. Streeck 2013: 104).

Die adäquate Ausgangsbasis liegt daher der entwickelten dreigliedrigen Reproduktionsformierung mit zwei komplementär gegenüber gestellten, miteinander ökonomisch kommunizierenden Hauptabteilungen. Bildlich gesprochen steht darüber der fiskalisch und politisch-ökonomisch vermittelnde, tief gegliederte Steuer-, Rechts- und Sozialstaat.²⁰ Bei solcher Modellierung und der daran anschließenden Tiefendiskussion muss im Grunde ein reales menschliches und stoffliches, wertliches und gegenständliches Konkretum, wenn man so will ein „Szenario“, und zudem die dialektische Prozessualität und reale Geschichtlichkeit des Ganzen „vorschweben“: Der sozial-ökonomische, immer historische Prozess kann nicht aufgrund abs-

strophalen Denkfehler seit Adam Smith, die Rolle des „konstanten Kapitals“ bei der Berechnung des gesellschaftlichen Wertprodukts bzw. der Wertschöpfung nicht richtig zu veranschlagen (vgl. MEW 26.1: 78 ff.).

²⁰ Versuche zu einer Veranschaulichung finden sich in den Folien des Videovortrags „Existiert das Neue schon im Alten? Sozialstaat und reale Systemalternative“ (Müller 2016).

trakter Formeln, durch Trendbetrachtungen oder gar in der Manier einer „Mathiness“ gefasst werden.²¹

3.3 Der springende Punkt der Transformationsproblematik

Tatsächlich existieren die Voraussetzungen für eine Wende erst auf dem sozialkapitalistischen Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte und Widersprüche: Erst wenn die waren- und kapitalwirtschaftlichen Potenziale einer Gesellschaft so weit entwickelt sind, dass sie auch eine paritätische, komplementäre Ausdehnung der administrativen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen Sphäre erlauben und mit sich bringen, schließlich auch selbst verlangen, und diese sich wiederum als eine notwendige und effektive Voraussetzung der ersteren konstituiert, ist die entsprechende, innerlich hoch gespannte Situation für eine mögliche Systemtransformation gegeben.²²

Das macht deutlich, dass die von Marx modellierte reine Kernstruktur der marktwirtschaftlich-industriekapitalistischen Reproduktion weder ihm selbst noch den in der Folge darauf dogmatisch fixierten Theoretikern die Ableitung einer konkreten Systemalternative erlaubte: Deren Konstitutions-elemente oder die Anlagen sind darin realiter nicht enthalten.²³ Jetzt ist dagegen die Systemkonfiguration eine andere: Die Industrie sorgt durch Produktion, Austausch und Investition nicht nur für ihre eigene Reproduktion und Entwicklung, sondern liefert auch die konsumierbaren und investiven Elemente für die sozial-infrastrukturellen Institutionen, während diese umgekehrt die ebenso notwendigen und vieldimensionalen Existenz- und Entwicklungsbedingungen für das ganze gesellschaftliche Leben einschließlich der Wirtschaft herstellt. Welche innere Ordnung weist dieser Verkehrs- und Kommunikationszusammenhang ökonomischer Werte, Materien, Leistungen und Dispositionen auf?

Die Wahrnehmung des Kerngeschehens wird nicht nur durch die liberale Ideologie von einer nunmehr nötigen öffentlichen „Daseinsvorsorge“ verhindert, sondern auch dadurch, dass üblicherweise das ganze Spektrum und die Bedeutung der sozialwirtschaftlichen Dienste nicht vor Augen

²¹ „Auch bei der theoretischen Methode daher muss das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben.“ (MEW 42: 36)

²² Marx zufolge ist die Entfaltung der inneren Widersprüche einer Reproduktions- und Praxisform der einzige und wirkliche Weg deren geschichtlicher Entwicklung und des Übergangs zu einer anderen, zunächst wiederum relativ stabilen Formbildung.

²³ Von da ausgehende unvermittelte Antizipationen oder Konstruktionsversuche einer andersartigen, wenn man so will sozialistischen, zukünftigen Wirtschaft und Gesellschaft weisen daher die Merkmale einer sog. „abstrakten Negation“ auf.

steht. Sie wird auch dadurch verbaut, dass das gewöhnliche volkswirtschaftliche Wirtschaftsdenken und Rechnungswesen einen entscheidenden Grundsachverhalt verbirgt bzw. übergeht: Der Grundgedanke oder die Grundgleichung, dass sich das gesellschaftliche Wertprodukt in Einkommensgrößen auflöst oder ausdrücken lässt, ist abgrundtief falsch, es ist ein regelrecht „monströser Irrtum“ (MEGA²II/4.1: 321).²⁴

Dabei wird nämlich systematisch unterschlagen, dass simultan zur Generierung von Löhnen und Gewinnen als „Einkommen“ im retournierenden Gesamtprozess auch eine Reproduktion des „konstanten Kapitals“ geleistet wird, das sich soweit natürlich nicht einfach als konsumierbares Einkommen darstellt. Marx enträtselte die nicht eben einfache Angelegenheit in seinen „Theorien über den Mehrwert“ (MEW 23.1/2/3): Es handelt sich sehr wohl um ein enormes, auch ganz praktisch zirkulierendes gesellschaftliches Sach- und Wertprodukt. Dieses wird in der „Abteilung“ für die Reproduktion der Produktionsmittel, also innerhalb dieser Sphäre, durch Austausch unter deren Produzenten praktisch auf Gegenseitigkeit erhalten. Das Ganze läuft in dieser Manier auf den sozusagen stummen und unangefochtenen Erhalt des Privateigentums an Produktionsmitteln hinaus. Das erscheint in kapitalistischer Perspektive auch ganz natürlich, und die Frage nach einer vielleicht auch nötigen gesellschaftlichen Disposition darüber kann so per se nicht gestellt werden.

Allerdings muss diese verborgene Routine systemgeschichtlich in dem Maße problematisch und dysfunktional werden, in dem die sozialwirtschaftlichen Dienste als Counterpart der Warenproduktion fungieren und eine entsprechende organische Zusammensetzung, damit eine ausgedehnte Ausrüstung an konstantem Kapital benötigen. Dieses kann dann nicht mehr, wie vormals eher schlecht als recht, überwiegend aus den Fonds der Lohn- oder Gewinneinkommen finanziert werden. In der heute maßgeblichen Konfiguration könnte es praktisch und stimmig nur aus einem Abzug aus der Reproduktionssphäre des konstanten Kapitals im Bereich der industriellen Waren- und Kapitalwirtschaft stammen. So wäre es die Aufgabe des Steuer- und Sozialstaats, eben das zu organisieren, um das im öffentlichen Bereich Nötige oder im Hinblick auf Bedürfnisse und die gesellschaftliche Entwicklung Erforderliche finanzieren zu können.

Ich versuche im Folgenden, das Bisherige zusammenzufassen, dem offen gelegten Problem mit größtmöglicher Stringenz nachzugehen, noch mehr

²⁴ Eine relativ gründliche „Kritik der Kreislauftheorie“ bzw. des „Sozialprodukt-Konzepts“ findet sich bei Stephan Krüger (2010: 230 ff.). Zum „Smithschen Dogma“ siehe auch Fritz Fiehler (2000). Ein „fruchtbarer Dialog“ zwischen der „praxisphilosophischen Denkströmung“ und der „Neuen Marx-Lektüre“ könnte auf diesem wert- und reproduktionstheoretischen Feld beginnen (vgl. Hoff 2016: 306, 341).

Licht in die untergründig veränderten, widersprüchlichen Verhältnisse der bestehenden sozioökonomischen Konfiguration und Praxis zu bringen und möglichst direkt und rücksichtslos die fälligen Konsequenzen zu ziehen.

3.3 Elf Angriffspunkte der Systemtransformation

(1) Auf der inzwischen erreichten Stufe realer Vergesellschaftung ist die marktvermittelte, kapitalwirtschaftliche Warenproduktion ebenso eine Existenzbedingung für die öffentlichen und sozialwirtschaftlichen Dienste wie umgekehrt. Daher ist es verkehrt und überholt, dass erstere als „die Wirtschaft“ und die andere Arbeit und Produktion im Grunde negativ, als Soziallast oder nur im Sinne eines allgemeinen gesellschaftlichen bzw. Staatsverbrauchs rangieren:

Sozialwirtschaftliche Dienste sind prinzipiell keine Waren, sondern eine eigene ökonomische Form. Sie sind analog oder paritätisch produktiv und wertbildend. Es handelt sich um eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion komplementäre Hauptabteilung der gesellschaftlichen Reproduktion. So stellen sie eine unerlässliche, allgemeine Bedingung oder Vorleistung für die Produktionen im anderen Sektor dar, während dort umgekehrt die materiellen Unterhaltungsmittel wie die Ausrüstung für die sozialwirtschaftlichen Institutionen und deren Arbeit erzeugt werden müssen.

(2) Die zwei komplementären, miteinander ökonomisch kommunizierenden Hauptabteilungen der Volkswirtschaft machen eine zentrale Vermittlungs- und Steuerungsinstanz erforderlich. Diese Rolle spielt der Staat als Vertreter des Souveräns und Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation, als steuer-, sozial- und wirtschaftspolitischer Promotor und Mediator des Gesamtprozesses.

Da die Institutionen und Funktionen des Geldverkehrs, der Kredit- und Finanzwirtschaft bis hin zur Notenbank diesen Prozess medialisieren, stellen sie genuin staatliche Aufgaben dar. So gesehen bilden sie nur einen besonderen, ebenso fürs Ganze konstitutiven sozialwirtschaftlichen Dienst, der unter die Ägide des Staats gehört:

In die praktische Verantwortung des dadurch auch fiskalisch souveränen Sozialstaats fällt aufgrund des Steuermonopols, der Finanzpolitik und der Haushaltsmacht nicht nur die Erhebung, sondern auch die Lenkung der sachlich und wertlich notwendigen Transfers aus der warenproduzierenden Sphäre zu den Trägern sozialwirtschaftlicher Dienste. Im Prinzip, also zunächst abgesehen von andersartigen praktischen Institutionalisierungen,

werden diese daher von ihm eingerichtet, unterhalten und garantiert. Somit obliegt ihm auch die gesellschaftlich verantwortliche Wahrnehmung von Eigentümerfunktionen und die Gestaltungsmacht bezüglich deren ökonomisch-rechtlicher Verfassung.

(3) Die sozialwirtschaftlichen Dienste erzeugen oder besorgen die allgemeinen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Wirtschafts- wie auch Lebensbedingungen und Entwicklungsmittel für die je gegebene Gesellschaft. Daher ist auf dieser Seite im Grunde eine rationelle gemeinwirtschaftliche Instituierung angemessen, nicht jedoch eine privat- oder kapitalwirtschaftliche Betriebsorganisation. Ebenso ist eine im Verhältnis zur Industrie völlig paritätische Vergütung im öffentlichen Dienst beziehungsweise für jegliche sozialwirtschaftliche Arbeit geboten:

Wird das Öffentliche und Gemeinsame in die sach- und zweckfremde verwertungswirtschaftliche Form gegossen, widerspricht das seiner Natur so wie man sagt: Erziehung, Bildung und Gesundheit sind keine Waren, am wenigsten vielleicht die Pflege. Auch Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen, insbesondere die Grundorganisation der digitalen sozialen Kommunikation²⁵ sollten es nicht sein, und die öffentliche Verwaltung keinesfalls. Die Privatisierung und Ökonomisierung des Öffentlichen deformiert den sozioökonomischen Prozess und belastet die Budgets der Bevölkerung unnötig.²⁶

(4) Im Zuge der Akkumulation in der warenwirtschaftlichen Sphäre wird zunehmend in automatische und intelligente Systeme investiert, die Arbeit ersetzen und die Basis der im Ganzen vorrangigen Einkommensbesteuerung schmälern. Auf der anderen Seite weisen die sozialwirtschaftlichen Dienste, analog zur Industrie, eine hohe organische Zusammensetzung auf, das heißt sie sind mit erheblichen konstanten oder aufgehäuften fixen Kapitalien ausgerüstet wie etwa Kliniken und Universitäten. Aufgrund dieser sachlichen und wertlichen Proportionen und Tendenzen entsteht eine fundamentale Problematik:

²⁵ Google, Facebook und Microsoft weisen eine beispiellose „instrumentäre Macht“ jenseits der Demokratie auf und bedrohen diese (Zuboff 2018: 590). Sie nehmen Aufgaben wahr, die selbstverständlich in gesellschaftlicher Verantwortung, also öffentlich-rechtlich instituiert gehören. „Wir brauchen ein umfassendes Paket von politischen und wirtschaftlichen Reformen mit dem Ziel, die Privatisierung grundlegender Infrastruktur rückgängig zu machen“ (Evgeny Morozow).

²⁶ Über „Weitverbreitete Defizite und begrenzte Vorteile“ sogenannter öffentlich-privater Partnerschaften wurde jüngst berichtet (Europäischer Rechnungshof 2018).

Aus den beschränkten Fonds des durch Sozialversicherungsbeiträge, Einkommensteuern und die Mehrwertsteuer ganz überwiegend einkommensorientierten und sonst auch konfuse(n) Steuer- und Abgabensystems kann niemals der nötige und wünschenswerte Transfer von Elementen investiven oder konstanten Kapitals zu den sozialwirtschaftlichen Diensten geleistet werden. Diese Finanzierung muss aber irgendwie geschehen, so dass es zu grenzwertigen Steigerungen der Sozialabgabenquote kommt und mit Haushaltsmitteln immer nur mehr schlecht als recht versucht wird.

Daraus erwächst eine *doppelte Krise des Sozialstaats*, die sowohl die ‚weichen‘ Infrastrukturen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens wie ‚harte‘ Infrastrukturen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Versorgung, des Verkehrs und der Kommunikation betrifft.

Das chronisch unzureichende Steueraufkommen zwingt zur *sozialen und infrastrukturellen Austerität*: Für die Sozialsysteme kommt die Ideologie der „Grundversorgung“ zur Geltung und wird in die Privatversicherung abgedrängt, statt anständiger solidarischer Leistungen und eines sozialzivilisatorischen Entwicklungsauftrags. Derweil werden zentrale Investitions-, Entwicklungs- und Zukunftsaufgaben des Gemeinwesens mit Blick auf den klammen Staatshaushalt als Flickschusterei und nach Mindeststandards wahrgenommen oder wegen der Finanzklemme und aus Dummheit privatisiert.²⁷

Das wirtschaftsgeschichtlich überholte Steuersystem ist daher nicht nur, wie jeder weiß, grob ungerecht, fördert die Ungleichheit und lässt das Gemeinwesen aus den Fugen geraten. Es ist vor allem volkswirtschaftlich irrational und disproportional.²⁸ Die reelle und zukunftssträchtige Lösung liegt daher in einem Sozial- und Steuersystem, das die volkswirtschaftlichen Hauptstromgrößen Einkommen und Kapital konsequent, entsprechend den wirklichen Verhältnissen und gesellschaftlichen Bedürfnissen in Betracht zieht.²⁹

²⁷ Die Problematik der Deutsche Bahn AG demonstriert beispielhaft den Fehlgriff derartiger Privatisierungen und die völlige Unmöglichkeit, derartige Infrastrukturen aufgrund des bestehenden Steuersystems voll im Sinne gesellschaftlicher Erfordernisse und Entwicklungsmittel zu finanzieren.

²⁸ In den Wertflüssen einer realen, geldvermittelten Reproduktion rangieren Einkommen sowie Kapital. Daran knüpft die Grundidee einer volkswirtschaftlich angemessenen, proportionalen Besteuerung an (Schmidt 1959: 59, 179 ff.).

²⁹ Die auch mögliche, wünschenswerte Besteuerung von Besitz oder Vermögen ist jedenfalls kein geeignetes Instrument, um die objektiv-realen Wert- und Reproduktionsverhältnisse ins Lot zu bringen und in ein krisenfestes, zukunftsfähiges Entwicklungssystem zu verwandeln.

(5) Die durch Arbeit und den Einsatz von Produktionsmitteln erzeugten Werte der sozialwirtschaftlichen Dienstleistungen stellen eine reale, von den Trägern im „öffentlichen“ Auftrag erzeugte ökonomische *Vorleistung* für die andere Seite dar. Sie bilden daher, wie bei jeder ordentlichen Kalkulation, im Grunde einen Wertbestandteil auf der Seite der industriewirtschaftlichen Warenproduktion. An sich müssten diese Vorleistungen bezahlt werden, was aber aufgrund der Natur der sozialwirtschaftlichen Dienste im Grunde nicht oder nur sehr partiell möglich ist. Daher existiert dieser Wertteil zunächst nur implizit oder virtuell:

Wenn eine entsprechende Kapital(transfer)steuer zum Zweck der Finanzierung bzw. Ausstattung des Sozialwirtschaftlichen veranschlagt wird, holt sich die Gesellschaft also nur ab, was ihr aufgrund der in gesellschaftlichem Maßstab wertbildenden Kraft der Dienste von vornherein gehört.³⁰ Gleichzeitig könnten Einkommen- und etwa Mehrwertsteuern relativ gesenkt, und bei dieser Gelegenheit das Steuersystem auch verteilungspolitisch neu justiert werden: Eine nunmehr *echte* „Fiskalrevolution“ (vgl. Goldscheid 1976: 280; Piketty 2014: 662). Diese kann im Zuge eines schrittweisen, längerfristigen Umstellungsprozesses durchgeführt werden.³¹

(6) Die Argumentation und Propaganda, dass Kapitalsteuern die Investitionsbereitschaft und die ganze Wirtschaft beeinträchtigen, entspringt einer bornierten einzelwirtschaftlichen Sichtweise. Denn die Kapitaltransfersteuern, ebenso wie der Anteil aus der Einkommensteuer fürs Öffentliche, fließen an die Warenwirtschaft zurück, da die andere Seite damit Produktionsmittel beschafft und Löhne zahlt, das heißt Nachfrage schafft:

Eine Kapital(transfer)steuer ist also nicht „kontraproduktiv“, sondern ermöglicht bei ausgeglichenen Salden eine höchst wünschenswerte Ausweitung und Stabilisierung der inländischen, nationalökonomischen Reproduktion,³² anstatt dass etwa die Gesellschaft als Werkbank für eine global ausgreifende Kapitalwirtschaft benutzt wird. Die ausgelösten Umorganisationen und Umwertungen bedeuten insofern eine Neujustierung in Bezug auf

³⁰ Es handelt sich, der *Wertübertragung* des konstanten Kapitals innerhalb der Produktion (MEW 23: 221 ff.) entsprechend, um eine wertgesetzliche Funktion, jetzt innerhalb der sozialkapitalistischen Praxisformierung als Ganzes, die in dieser Hinsicht einem System kommunizierender Röhren gleicht.

³¹ „Es ergibt sich also, dass die Kapitalbesteuerung der vielleicht beste Weg zur Stimulierung der Geschäftstätigkeit und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist.“ Und noch ein Vorteil: „Der Staat verschuldet sich nicht“ (Kalecki 1987: 99).

³² Energiesteuern für die Wirtschaft, zwischenstaatlich die sogenannte Ölrente, entfalten Wirkungen im Sinne von Kapitalsteuern - der Burj Khalifa ist so gesehen abgezackte Sozialinvestition. Umweltsteuern wären in diesem Sinne zu prüfen.

objektiv-reale und in der Folge endlich auch gesamtgesellschaftlich stimmige Wert- und Reproduktionsverhältnisse. Ansonsten ist es eine Aufgabe des Wechselkurses, die Angelegenheit wenn nötig außenwirtschaftlich ins Lot zu bringen.

Die Besteuerung des konstanten oder investiven Kapitals ist auch ein probates Mittel gegen die Steuervermeidung durch trickreiche Verschiebung von Erträgen. Entsprechend justierte Kapitalsteuern könnten zudem den bedeutenden Effekt haben, dass sich arbeitsintensivere oder andere gesellschaftlich erwünschte Produktionen, beispielsweise im Gewerbe oder der Landwirtschaft, gegenüber großindustriellen Formen behaupten könnten.

(7) Will oder muss der Staat den Staatsdienst und die von ihm zweckmäßig zu instituierenden sozialwirtschaftlichen Dienste auf allen Lebensgebieten unterhalten und fördern, obwohl das einseitige Steueraufkommen dazu unzureichend ist, so muss er sich bei privaten Finanziers verschulden.³³ Die Tendenz zur Staatsverschuldung ist insofern kein vorübergehendes Phänomen und auf Dauer auch finanztechnisch kaum beherrschbar. Sie ist Ausdruck einer fundamentalen Dysfunktionalität der bestehenden kapital- und volkswirtschaftlichen Konfiguration:

Die Situation verschärft sich im Zuge fortschreitender Informatisierung und Automatisierung, insofern sich die Masse der Arbeit und damit deren Steueraufkommen tendenziell verringert³⁴, während die öffentlichen Aufgaben und Anforderungen wachsen.

Die wie unabwendbar wachsende Staatsverschuldung und die daraus folgenden sozialökonomischen Restriktionen, etwa soziale Austerität und Repression, auch die chronische Unterentwicklung und Vernachlässigung öffentlicher Infrastrukturen, gründen wesentlich in der Disproportionalität oder Unwucht des bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystems. Was der Kapitalwirtschaft auf diese Weise geschenkt wird, fördert deren eigenmächtige Akkumulation, besonders den Kapitalexport in Gestalt ausländischer Direktinvestitionen oder auch private Investments im öffentlichen Bereich. Umgekehrt wird derweil der gesellschaftliche Haushalt kurzgehalten und noch mit einem hohen Zinsdienst belastet.

³³ Sogenanntes „Fiatgeld“, zinslos von der staatlichen Notenbank generiert, hätte exakt in dieser Hinsicht eine ausgleichende Funktion innerhalb der Grenzen des Bestehenden und gegen die Agenturen und Raubzüge der internationalen Finanzwirtschaft (Müller 2018c).

³⁴ Die Verfügung der „schwarzen Null“ im Haushaltswesen ist Ausdruck des Dilemmas. Das Konzept gehört angesichts aller Nullitäten und schwarzen Löcher im sozialökonomischen Gewebe der Gesellschaft in die Kategorie Sozialstraftaten.

(8) In der aufgedeckten sozioökonomischen Konfiguration und ihren Wertverhältnissen inhäriert den investiven Kapitalien im industriewirtschaftlichen Sektor, infolge der zunächst unsichtbaren wertbildenden Potenz der sozialwirtschaftlichen Dienste, eine entsprechende Wertmasse virtuell. Diese kann und soll schließlich kapitalsteuerlich angesprochen werden. Die Konsequenz daraus ist aber auch, dass auf Seiten der Industrie im Grunde kein gänzlich Privates oder Separateigentum an Produktionsmitteln mehr reklamiert werden kann. Die objektiv-realen Verhältnisse der Wertschöpfung und Reproduktion konstituieren eine entsprechende, höhere Rechtlichkeit:

Wie eine gemeinnützliche und gemeinwirtschaftliche, nicht profitorientierte Verfassung dem Naturell des Öffentlichen am besten entspricht, speziell auch im Geld-, Kredit- und Finanzwesen, so ist daher im waren- und industriewirtschaftlichen Bereich im Prinzip eine gemischtwirtschaftliche Unternehmensverfassung angemessen. Im legitimen öffentlichen Interesse liegt dabei sowohl eine Partizipation der Arbeitnehmerseite, wie die Institutionalisierung der Vertretung öffentlicher, auch kommunaler Interessen und Entwicklungsaufgaben auf einzelwirtschaftlicher Ebene.

Dabei ist die Vermittlung der Warenwirtschaft durch Märkte und im Wettbewerb, sind die entsprechenden objektiv-realen Implikationen bezüglich der Wertverhältnisse und Preisbildung, ein konstitutiver Grundsachverhalt.³⁵ Darauf mögen diverse Regulierungen und gegebenenfalls sozialstaatliche Interventionen aufsetzen, so dass auch hier gemischte Formen ins Spiel kommen. Schließlich können Produktionen in dieser Sphäre durchaus auch in der *Form* sozialwirtschaftlicher Dienste, also mit gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsführung und Zwecksetzung betrieben werden, wenn es aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll ist, und ebenso umgekehrt.³⁶

(9) Innerhalb der dreigliedrigen Konfiguration und Prozessualität des modernen Wirtschaftslebens bildet das Wechselverhältnis zwischen dem öffentlichen und dem warenwirtschaftlichen Bereich den tragenden Kernbereich. Die zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit produziert ja nicht für Warenmärkte und beliebige Wirtschaftsräume, Freihandelszonen oder

³⁵ Marx hat für die warenwirtschaftliche Dimension geltende, objektiv-reale Wert- und Funktionszusammenhänge analysiert. Dass man etwa die „Form“ der „Ware“ oder gar des ökonomischen „Werts“ im Zusammenhang einer Systemalternative gänzlich aufheben könne oder müsse, ist insofern abwegig.

³⁶ Eine Auseinandersetzung mit Konzepten einer Wirtschaftsdemokratie, eines Marktsozialismus oder einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ ist hier nicht möglich. Anreize zur Diskussion gibt Cheng Enfu (2008).

den Weltmarkt, sondern erzeugt subjektive wie materiale Konstitutions-elemente oder das zivilisatorische Gehäuse eines auch sozial- und lokal-räumlich bestimmten, nationalen, als souverän geltenden Gesellschaftsverbands. Das bedeutet im Grunde eine primäre, regulative Selbstbezogenheit der nationalökonomischen Reproduktion:

Die liberalistische Offenmarkt- und Freihandelsideologie wie auch die tendenziell schrankenlose Globalisierung sind daher weder unaufhaltsam oder einfach vorteilhaft, sondern exekutieren ganz wesentlich den Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwang der Kapitalwirtschaft mit all den damit verbundenen Effekten kapitalistischer Modernisierung und zunehmend negativen Konsequenzen, über die seit Jahrzehnten debattiert wird.³⁷

Einerseits bieten die offenen Märkte enorme Chancen, die allseitigen Überproduktionen auf Gegenseitigkeit zu realisieren: In der Sprache der politischen Ökonomie könnte man vielleicht sagen, es handelt sich um eine der säkularen Tendenz zum „Fall der Profitrate“ erheblich „entgegenwirkende Ursache“ (MEW 25: 242 ff.).³⁸ Zugleich führt der permanente Expansionismus aber zunehmend zu Konkurrenzsituationen und geopolitischen Rivalitäten. Während auch noch nachholende Entwicklungen und Wachstumspartnerschaften initiiert werden, ist der Höhepunkt im Ganzen doch überschritten. Die wirtschaftsgeschichtliche Tendenz kehrt sich um und es mehrten sich rückschlagende Phänomene.

Über diesen tendenziellen „Überhandel, Überproduktion, Überkredit“ (MEW 25: 523 f.) hinaus entwickelt sich eine „Plethora von Geldkapital“, das heißt der groteske Überhang von zinstragenden und auch spekulativen Buch- und Papierkapitalen. Es wird rückschlagend zu Finanz- und Währungs-, Handels- und Rohstoff-, Wirtschafts- und Umweltkrisen oder auch zu neuen Kriegen kommen.

(10) Wird das kapitalwirtschaftliche Kalkül nicht eingehegt oder neutralisiert, würde der darin verankerte Extraktivismus, Produktivismus und Exkrementismus, wie auch der entsprechende konsumistische Zivilisationstyp, trotz sonst nützlicher Technologien, Teilreformen und internationaler

³⁷ Beispielsweise setzt die „Exportorientierung“ der hochleistungsfähigen deutschen Wirtschaft nur den im Innern aufgebauten Akkumulations- und Expansions(über)druck in eine im internationalen Austausch und in der Konkurrenz erfolgreiche Strategie um. Wie lange diese Überproduktion noch Abnehmer findet und international verträglich ist, weiß kein Mensch.

³⁸ Der kapitalwirtschaftliche, akkumulative, überschießende Charakter der großen Expansion drückt sich in den weltweiten Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus. Diese haben sich von den 70ern bis jüngst etwa verfünffzigfach (Quelle: bpb).

Initiativen, weiter in Richtung ökologischer Destruktion treiben: Die Natur an sich hat keinen ökonomischen Wert, so dass die Verwertungswirtschaft, in die sie hineingezogen wird, war zu instrumentellen Behandlungen und Lösungen fähig ist, aber niemals zu einer vernünftigen Regulierung der Naturverhältnisse im Ganzen führen kann.³⁹

Die grundsätzliche Lösung kann nur in anders konfigurierten Verhältnissen bestehen, denen ein haushälterisches ökonomisches Kalkül inhärent und die dadurch überwiegend der sachlichen, vernünftigen Direktive und Disposition in gesellschaftlicher Verantwortung Raum geben. So ist auch die Perspektive einer „ökologischen Zivilisation“ und mehr noch: wahrhaft menschlicher Naturverhältnisse, an die Ablösung des asozialen, gesellschaftsgeschichtlich überholten Wirtschaftsliberalismus.⁴⁰

(11) In jedem Fall erweist sich die konsequente Implementierung einer Besteuerung des fungierenden Kapitals und Neujustierung des ganzen Systems der Sozialabgaben und Steuern als unverzichtbarer Hebel zur Ermächtigung des Sozialstaats, zur Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und Umstimmung im Bereich industriegewirtschaftlicher Warenproduktion⁴¹. Diese „Fiskalrevolution“ führt auch aus der politisch-ökonomischen Sackgasse eines linken Keynesianismus heraus:

Eine Kapital(tranfer)steuer ist etwas ganz anderes als sonst ins Spiel gebrachte Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- oder auch Finanztransaktionssteuern. Derartige Umverteilungen kapitalistisch produzierten Reichtums rühren nicht an die Verfassung und verwertungswirtschaftliche Pro-

³⁹ Der Handel mit Emissionszertifikaten ist nur eine Teil- oder Surrogatlösung. Es bedarf offenkundig rigoroser ökopolitischer Eingriffe und auch Erzwingungen im gesellschaftlichen und Zukunftsinteresse.

⁴⁰ Marx war nicht nur ein politischer Ökonom, sondern ein Praxisphilosoph und universeller Kopf, der das leiblich-natürliche Wesen des Menschen und das „dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur“ tieferschürfend reflektiert hat (Schmied-Kowarzik 2018b).

⁴¹ Die steuertechnische Ausgestaltung einer Kapitalbesteuerung und Neujustierung des Steuersystems kann hier nicht weiter behandelt werden. Es handelt sich um nicht unkomplizierte Fragen. Stichworte dazu sind Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer, Investitionssteuer (Wagner 1984), neuerdings Robotersteuer oder auch Energiesteuer: Es besteht keine wert- oder systemtheoretische Klarheit und eine „saubere Lösung“ (Schmidt 1959: 126) ist nicht auffindbar. Neuerdings bemerkte Piketty, um der „endlosen Ungleichheitsspirale Einhalt zu gebieten“, bedürfe es einer „progressiven Kapitalsteuer“ worunter auch „Abgaben auf den Wert des Kapitalstocks“ oder auf „Betriebskapital“ fallen (Piketty 2014: 627, 663, 700).

grammierung des Bestehenden.⁴² Gleichwohl war solche Umverteilung unter der Hegemonie der Kapitalwirtschaft schon immer eine Existenzbedingung des Sozialstaats und ist all dies zunächst ein weiter umkämpftes Terrain.

Die Fiskalrevolution ist dem gegenüber ein Eingriff an einem „Knotenpunkt der Systemverhältnisse“ (Müller 2015: 460), der latent vorgebildete neuartige Wertverhältnisse praktisch zur Geltung bringt. Die These lautet, dass dies einen Umschlag der politisch-ökonomischen Konfiguration, deren Formbildungen und des ökonomischen Kalküls einleiten kann. In den allergischen Reaktionen auf jegliche einschlägige Idee schwingt eine Ahnung davon mit. Wie kann man sich die mögliche, vielleicht nicht so leicht vorzustellenden, aber doch wie „hinter Panzerglas“ (Müller 2015: 535) sichtbare, keineswegs außer Reichweite liegende Alternative, also den Abschied von der Verwertungs- und Vernutzungsökonomie und der damit verbundenen Lebensweise und Vergesellschaftung genauer erklären?

4. Zur Konstitution der Systemalternative

4.1 Re-Formierung in der Form einer einfachen Reproduktion

Als ökonomisches Grundproblem wurde der in der kapitalistischen Verwertungswirtschaft eingebaute Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwang ausgemacht. Die vielfach laut gewordene Kritik am „Wachstum“ wirkt insofern halbwegs aufklärerisch, hat aber die politisch-ökonomischen Wurzel und die systemische Mehrdimensionalität des Problems nicht im Blick. Sie kann nicht auf den entscheidenden Punkt kommen, weil dieser ohne Rekurs auf die von Marx begründete politische Ökonomie und die objektiv-reale Existenz von ökonomischem Wert nicht fassbar ist:

In der innerlichen Strukturierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses sind die Prozessdimensionen einer notwendigen, einfachen und erweiternden Reproduktion miteinander verknüpft. Auch ohne diese Zusammenhänge jetzt weiter aufzuschlüsseln ist einsichtig, dass sich die Eliminierung des Akkumulations- und Wachstumszwangs darin ausdrücken müsste, dass sich der Reproduktionsprozess mehr oder weniger im Kreislauf oder Mantel einer „einfachen Reproduktion“ (MEW 23: 591 ff.) vollzieht. Darunter ist eine fortdauernde Reproduktion auf „gleicher Stufenleiter“ zu verstehen, wie etwa vorkapitalistisch in bäuerlichen Verhältnissen,

⁴² Marx bissig in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (MEW 19: 15-32): „Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft“. Es sei kein Wunder, dass auch bourgeoise „Financial Reformers“ solche Forderungen stellten.

die jetzt aber als Prozessdimension in der expansionistischen kapitalistischen Wirtschaft „aufgehoben“ ist. Nun ginge es um eine wiederum höhere Stufe: In der haushälterischen Form kann die Wirtschaftsrechnung vor allem Überschüsse konsumtiver Art bilanzieren, wobei sich aber nicht zwangsläufig eine weitere Aufhäufung produktiven, konstantwertigen Kapitals rechnet oder dazu gedrängt wird.

Dabei handelt es sich keineswegs um die Fiktion einer „stationären“ Wirtschaft. Zunächst kann festgehalten werden, dass die zum Betrieb existenznotwendigen Überschüsse kapitalwirtschaftlich immer auch in der Manier einer Auspressung und Landnahme erzeugt werden, während dieser Tonus mit der Grundform einer einfachen Reproduktion nicht notwendig verbunden ist. Sodann gibt es, mit Blick auf die beiden Hauptabteilungen der gesellschaftlichen Reproduktion, zwei Tendenzen oder praktische Möglichkeiten, die zu einer entsprechenden Umstimmung führen können:

Soweit die Hauptabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste aus den entsprechenden Fonds der Kapital- und Einkommensteuern finanziert und gemeinwirtschaftlich betrieben wird, bedeutet dies einen erheblichen gesamtgesellschaftlichen Druckabfall des sonst allgemein vorherrschenden Verwertungszwangs. Dazu kommt die anvisierte Reorganisation des Geld-, Kredit- und Finanzwesens in der Form eines besonderen sozialwirtschaftlichen Dienstes, wodurch die enormen, verbrieften Ansprüche des international unkontrolliert flottierenden und hypertrophierenden „zinstragenden“, sogenannten „fiktiven“ oder „imaginären“ Kapitals (MEW 25: 350 ff.) an die Realwirtschaft mehr oder weniger entfallen: Wenn die Anrufung „Herr erlöse uns“ noch einen praktischen Sinn hat, dann vielleicht zu allererst hier.

Es gibt aber auch gute Gründe für die Annahme, dass sich die Kapitalwirtschaft durch zunehmende Wachstumsschwierigkeiten und Krisenbrüche auch von sich aus auf die Form einer „einfachen Reproduktion“ zu bewegt. In dieser Tendenz wirkt etwa, dass sich die steigende Arbeitsproduktivität in eine entsprechende „Verwohlfeilerung“ (MEW 25: 275), also Verbilligung der materialen und investiven Elemente umsetzt.⁴³ „Auch mit den Ersatzinvestitionen werden produktivitätswirksame Prozessinnovationen und gegebenenfalls Kapazitätserweiterungen realisiert“ (Zinn 2015: 56): Ein „Kapitalismus ohne Wachstum“, der mit Rückgriff auf Schumpeter und

⁴³ Das ist nur *ein* Aspekt im Zusammenhang der von Marx begonnenen, fragmentarisch hinterlassenen Diskussion über die Wirkungszusammenhänge und die „Entfaltung der Widersprüche“ im Zusammenhang mit der säkularen Tendenz zum „Fall der Profitrate“ (MEW 25: 242-277).

nicht zuletzt Keynes Enkelkinder-Perspektive auch den Gedanken einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ stützt (Zinn 2015: 93 f., 113 ff., 141).⁴⁴

Auf das entwickelte Konzept einer bewussten systemischen Veränderung übertragen würde das bedeuten: Auf Grundlage der „Fiskalrevolution“, der damit einhergehenden Ermächtigung des Sozialstaats und Re-Formierung der Reproduktionsverhältnisse, könnte eine konsequente Wirtschaftspolitik greifen, die auf eine tendenzielle Annäherung und schließlich Konsolidierung des Reproduktionsprozesses in der „einfachen“ Form hinwirkt.

Gleichwohl ginge dies mit der so oder so immer nötigen rationellen Wirtschaftsrechnung bzw. einer Erfolgsbilanz einher. Jedoch sollte es dann eher ohne „Brachlegung“ von und „Kampf“ zwischen Kapitalien, ohne „Stockungen und Krisen“ durch „periodische(n) Entwertung des vorhandenen Kapitals“ (MEW 25: 259 ff.) abgehen. Es handelte sich offenkundig nicht mehr um den kapitalistischen Reproduktionstyp, sondern um ein nach vorne offenes, gesellschaftlich handhabbares *Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis*“ (Müller 2015: 496).

4.2 Der Umschlag der Systemverhältnisse und das ökonomische Kalkül

Es sieht also aus, dass eine grundlegende Umstimmung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Reichweite kommen kann: Die Einhegung oder Brechung der Spitze des Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwangs würde nicht zuletzt die Aussicht auf ein Ende der kapitalwirtschaftlichen Verewigung des Lohn- und Existenzkampfes und der Bedrohung des Auskommens im Alter eröffnen. Die ökonomische Kernfrage ist dabei: Regiert in der veränderten Reproduktionsordnung ein anderes ökonomisches „Kalkül“, eine rationelle Wirtschaftsrechnung jenseits der kapitalwirtschaftlichen Modalitäten, welche in den herrschenden Lehren bewusst- und gewissenlos verdolmetscht, operationalisiert und dogmatisiert werden?

Auf dem zum Einstieg veranschlagten Abstraktionsniveau der Modellierung und Analytik werden grundsätzliche Aspekte deutlich. Das Ergebnis der anvisierten Reformatierung wäre die Verwandlung des Mehrwerts in eine Form gesellschaftlicher Ersparnis und damit eine Entkräftung des Wachstumszwangs. Um die Unterschiede deutlicher zu machen: Das ehemals (v)ariable Kapital rangiert jetzt als (k)reatives Kapital und das keines-

⁴⁴ So gesehen könnten sich zur energischen Problemlösung auch Abwertungen der Kapitalbestände im Maße des Produktivitätsfortschritts anbieten. Um zu provozieren, sage beispielsweise regelmäßig um 2 Prozent: Eine Zielgröße, die ganz anders in der finanzkapitalistischen Welt begegnet, dort aber absehbar in weitere, vermutlich noch größere Schwierigkeiten und zu keiner wirklichen Lösung führt.

wegs mehr (c)onstante Kapital bzw. die sachlichen Produktionsmittel als (i)nstrumentelles Kapital. An die Stelle des zwang- und triebhaft immer wieder ausgepressten (m)ehrwerts oder Profits tritt ein (s)aldo in der Wirtschaftsrechnung, der sich volkswirtschaftlich bilanziert sowie in betrieblich erwerbbaaren Anteilen an der gesamtgesellschaftlichen Ersparnisleistung ausdrückt.

In diesem Zusammenhang spielen die persönliche Motivierung und Leistung, wissenschaftlich-technologische Innovationen und marktwirtschaftlicher Wettbewerb ihre Rolle, aber jetzt ohne die Zwangserkrankung der kapitalistischen Ökonomik, dafür unter den Vorzeichen praktischer Vernunft und gesamtgesellschaftliche Rationalität. Auf der Seite der Arbeit würde der Lohn nur noch den individualisierten Teil des Einkommens oder Anteils am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds ausmachen. Die Gewährung von Unterhalten nach oder außerhalb des Arbeitslebens, vor allem die Rente, betrifft realiter sowieso immer nur Teile dieses Fonds.

Die im Prinzip allgemeine Verfügbarkeit von administrativen, sozialinfrastrukturellen und kulturellen bzw. „sozialwirtschaftlichen“ Diensten stellte den „garantierten“ zweiten Hauptteil des realen Einkommens oder Unterhalts dar, der im Prinzip allgemein und umsonst, gegen Gebühren⁴⁵ oder eine im konkreten Fall erwünschte Verrechnung zur Verfügung steht.⁴⁶ Dazu vormals Marx: Der Teil, der „zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist“, „wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt“ (MEW 19: 19).

Das Ganze würde sich in einer volkswirtschaftlichen „Buchführung“⁴⁷ oder Rechnungslegung und, über Haushaltsplanungen und die nötige vorausschauende Entwicklungspolitik hinaus, vielleicht auch in verhandelbaren dynamischen, operativen Modellierungen reflektieren: Eine positive Perspektive im Einblick auf künftige Möglichkeiten einer intelligenten Wirtschafts- und Sozialinformatik.

⁴⁵ Eine Leistungsverrechnung für Wirtschaftssubjekte oder auch eine Preisstellung im Sinne von Nutzungsbeiträgen oder von Schutzgebühren für die öffentliche Bereitstellung ist natürlich unbenommen, aber mag gegebenenfalls auch unmöglich oder unzweckmäßig sein.

⁴⁶ In diese Denkrichtung, einer Bereitstellung sozialer Infrastruktur, geht etwa „Sozialpolitik anders gedacht“ (Hirsch u.a. 2013). Ähnlich die Zeitschrift „Widersprüche“ mit ihrer Ausrichtung auf „Sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ oder der Ansatz einer „Foundational Economy“ (2018).

⁴⁷ „Die Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des *Produktionsprozesses* wird umso notwendiger, je mehr der Prozess auf gesellschaftlicher Stufenleiter vorgeht...“ (MEW 24: 137)

Bei alldem schafft die Deaktivierung des kapitalwirtschaftlichen Kalküls, in Verbindung mit dem Gemeineigentum an Naturressourcen und im Bereich der sozial-infrastrukturellen Grundlagen Raum, um sozialen und ökologischen Dispositionen zur Geltung zu verhelfen. Entsprechende Regulierungen betreffen auch die Bewirtschaftung „ökologischer Ressourcen“, die Gestaltung der Energie-, Produktions- und sonstigen Wirtschaftssysteme einschließlich der Welt des Verbrauchs im Hinblick auf ihre „Umweltkompatibilität“ (Land 2018).

Durch Anrufungen des sozialen Gewissens, Versuche zur Veränderung der Mentalität oder die Implementierung individueller Präferenzen allein wird man die nötige Wende niemals realisieren können. In der neuen Formierung wäre die Entwicklung und Implementierung entsprechender ökonomischer, juridischer und sozialer Hebel und Maßstäbe besser möglich. Dazu käme die Institutionalisierung funktionierender Prüf- und Kontrollsysteme für die Produktions- und Produktenwelt, sowie die Einrichtung gesellschaftlicher, hoch entwickelter Forschungskapazitäten *in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste*, also im Interesse der Allgemeinheit.

4.3 Statt endloser Probleme: Eine Vielfalt ökonomischer Formen

Die anvisierte Umstimmung betrifft die die waren- und industriegewirtschaftliche Sphäre der Reproduktionsformierung ganz direkt. Es wäre ein „Ende des Laissez-faire“ (Keynes 2003) und des Totalitarismus der liberalistischen und kapitalökonomischen Formen: Ein Grundschrift zur Befriedung der sozial-ökonomischen Verhältnisse. In der staatlich vermittelten Wechselbeziehung mit den sozialwirtschaftlichen Diensten konstituiert sich schließlich der Kernbereich oder die zentrale, tragende Ebene der vom ökonomischen Zwangskalkül entlasteten Wirtschaft der Gesellschaft.

Daran kann sich eine Varietät von Gestaltbildungen des sozial-ökonomischen Lebens zwanglos und ohne dauernde Existenzgefährdung an- und einlagern, etwa lokal vernetzte oder nicht zu groß dimensionierte Betriebsformen und Märkte, ein breites Spektrum von wirtschaftlichen Neugründungen wie etwa auch persönliche Dienstleistungen, die eine eigene ökonomische Sphäre darstellen. Nicht zuletzt kann „freiwilligen“ und „selbstorganisierten“ Tätigkeiten aus der gesellschaftlichen Ersparnisleistung eine praktische gesellschaftliche Anerkennung zuteil werden.

Damit wird jetzt auch deutlicher, dass bereits heute vorhandene, nicht kapitalwirtschaftlich ausgerichtete Konzepte, Formbildungen⁴⁸ und die

⁴⁸ Ein Grundbegriff für die „Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft“ ist „Sozioökonomie“ (Mikl-Horke 2011). Im internationalen heterodoxen Feld begegnet der Begriff „Socioeconomics“ oder verwandte Ideen in verschiedenen Variationen.

noch zerstreute Eruierung und Erprobung alternativer und emanzipatorischer Möglichkeiten einen Vorschein oder Übergangsformen darstellen können. Jedoch sind die Chancen zur Erhaltung und Entfaltung ihres Sinns und Zwecks, etwa als Genossenschaften und solidarische Ökonomie, limitiert oder alles wird konterkariert, solange die verkehrte, usurpatorische Eigentumsordnung und Zentralfunktion jener alles beherrschenden ökonomischen Macht“ (MEW 42: 41) weiter wirkt. Es sind Schritte und Initiativen auf dem schwierigen Weg zu einer besseren Wirtschaftsverfassung.

4.4 Die veränderte Reproduktionsformierung und der Weltmarkt

Die Unternehmen und Wirtschaftsgesellschaften sind durch Produktion, Austausch und vielseitigen wirtschaftlichen Verkehr international verflochten. Der Schub der neoliberalen Globalisierung hat den enorm ausgeweiteten und so überall herein spielenden Weltmarkt entstehen lassen. Die darin operierenden kapital- und finanzwirtschaftlichen Mächte, besonders die global operierenden Konzerne und internationale Institutionen bilden eine schier überwältigende Formierung der Kapitalmacht. Man kann von einem relativ verselbständigten kapitalistischen „Weltsystem“ sprechen (Komlosy 2002; Wallerstein 2014).

Ist es unter dieser Bedingung überhaupt möglich, dass sich Nationalgesellschaften so behaupten, dass sie auf einen alternativen Entwicklungspfad einschwenken können?

Zunächst kann im Hinblick auf die scheinbare Ohnmacht des Staats und der Gesellschaft daran erinnert werden: „Wenn die Finanzwirtschaft eine beherrschende Rolle spielt, so verdankt sie dies den politischen Institutionen, die ein Ordnungssystem geschaffen haben, das mit dem von ihnen gesteuerten Prozess der kapitalistischen Reproduktion vereinbar ist.“ (Mitchell 2017). Grundsätzlich gibt es also die Möglichkeit finanzwirtschaftlicher wie eben auch fiskalischer Neuordnungen. In diese Richtung weisen auch jüngere geld- und finanzpolitische Konzepte und bekräftigen die Notwendigkeit, den Finanzsektor künftig „extrem restriktiv“ zu regulieren (Flassbeck 2018: 207).

Entscheidend ist allerdings, ob eine reelle politisch-ökonomische Basis für die Entwicklung einer anderen Ordnung der Dinge vorhanden ist. Marx wurde nie müde darauf hinzuweisen, dass entsprechende „Produktivkräfte“, „materielle Bedingungen“ oder „entwickelte Zustände“ vorhanden sein müssten, damit die „nötigen“ und möglichen „Maßregeln“ greifen.

Aus allen vorstehenden Untersuchungen ergibt sich dazu: Aufgrund des Volumens und der Bedeutung der mit der Waren- und Kapitalwirtschaft koaktiv verbundenen sozialwirtschaftlichen Dienste und des dafür maßgeblichen und staatlichen und gesellschaftlichen Dirigats kann heute von einer

wesentlichen Selbstbezüglichkeit des sozial-ökonomischen, nationalgesellschaftlichen Kernsystems ausgegangen werden. Die anvisierte systemische Re-Formierung kann diesen Reproduktionszusammenhang stabilisieren und eine entsprechende transformistische Potentialität verleihen, wenn nötig auch Kraft zur Selbstverteidigung. Gesellschaften auf diesem Weg werden sich gegenseitig unterstützen.

Was infolgedessen real möglich und sinnvoll erscheint, ist eine Emanzipation und tendenzielle Konsolidierung in dieser selbstbezüglichen Dimension, jetzt auch durch Förderung der im Vorhergehenden erörterten vielförmigen sozial-ökonomischen Formbildungen, so dass sich die Gewichte und der Tonus des Ganzen verschieben.⁴⁹ Dabei bilden Verflechtungen von Nationalökonomien in Nachbarschaften und kontinentalen Großräumen, wie im Sonder- und Problemfall⁵⁰ Europa, oder das jeweils eigenartige Beziehungsgeflecht zwischen größeren Wirtschaftsräumen, eine eigene und vor allem immer wesentlich politisch-ökonomisch zu regulierende Praxis- und Problemdimension.

Es geht also um die mögliche Konsolidierung als Wirtschaftsgesellschaft mit Primat der selbstbezüglichen inländischen Reproduktionsformierung und in ausgestaltbaren partnerschaftlichen Verbänden. Die Offenheit zum Weltmarkt wäre gebunden an das Primat der eigenen Konsolidierung und gesellschaftlicher Emanzipation, daher verbunden mit der nötigen finanz- und außenwirtschaftlichen Politik und Kontrolle, wie schon jetzt auch mit einer strikten Zurückweisung der Freihandelsdoktrinen.

Die Perspektive kann vielleicht ein Denkbild veranschaulichen (Müller 2016: 1:34): Die Gesellschaftsverbände schwimmen im Meer einer noch mehr oder weniger kapitalwirtschaftlich geprägten Weltökonomie, aber mit je verschiedener Eintauchtiefe, Nachbarschaft oder Verbindung miteinander. Sie besitzen damit mehr oder weniger die Fähigkeit, sich selbst zu behaupten, einen Kurs gesellschaftlicher Emanzipation einzuschlagen und diesen schließlich auch international, in der Orientierung auf menschliche Zustände und eine ökologische Zivilisation zur Geltung zu bringen.

5. Grundlagen und Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation

⁴⁹ Ohne den entwickelten konzeptuellen Rahmen, der durch die „sozialkapitalistische“ Formierung und die sich darin kristallisierende und spezifizierbare Alternative gegeben ist, bleiben etwa „Reformalternativen“ (Deppe 2010) oder ein vielstimmiges „Futuring“ (Brie 2004) auf halbem Wege stecken.

⁵⁰ Die weiter treibende EU-Problematik: „Das markttechnokratische Durchregieren der Eurofanatiker“ und der „Fortgang des neoliberalen Entdemokratisierungsprojekts“ (Streck 2013: 141-223, bes. 254 f.).

5.1 Die nationale und kommunale Konstitution der Gesellschaft

Wie sich zeigte, verlangt die anvisierte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine als souverän geltende und sich behauptende nationalstaatliche Verfasstheit.⁵¹ Dieses historische Maß gesellschaftlicher Organisation gründet in der primären politisch-ökonomischen Selbstbezüglichkeit der gesellschaftlichen Reproduktion.⁵² Das Ganze fußt darauf, dass sich auf dem erreichten Gipfel materieller und informatischer produktiver Kräfte die „allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen“ Existenzbedingungen (vgl. MEW 42: 438) als eine eigene Formbildung und zweite Reproduktionsabteilung „sozialwirtschaftlicher Dienste“ ausgefaltet haben und dadurch dem modernen Staatswesen eine entsprechende zentrale und Rolle und Potentialität zukommt.

Die Untersuchung ergab, dass sich in dieser Gesamtorganisation einer modernen Übergangsgesellschaft inzwischen neue, höheren Wert- und Reproduktionsverhältnisse kristallisieren. Es geht um Geburtshilfe für diese latent andrängende neue Formierung: Deren praktische Anerkennung und Freisetzung erfordert eine fiskalische Neujustierung bezüglich der ökonomischen Hauptstromgrößen von „Einkommen“ und „Kapital“. Nur so kann der von der zentralen Ebene bis zur lokalen, kommunalen Praxis ausgefaltete Sozialstaat entschuldet und politisch-ökonomisch ermächtigt werden. So kann die objektiv-reale Funktion und Bedeutung der sozialwirtschaftlichen Dienste praktisch anerkannt und die gemeinnützige Ökonomisierung der Erzeugung der allgemeinen Existenzgrundlagen vollzogen werden. Darin hat auch die Entwicklung an der Basis der gesellschaftlichen Konstitution, das heißt die Emanzipation der kommunal verfassten, urbanen Praxis, ihre politisch-ökonomische Grundlage.⁵³ Auf diesem Weg kommt eine stimmige, durchsichtige Gesamtorganisation der gesellschaftlichen Reproduktion und Praxis in Sicht.

5.2 Aufhebung der Kapitalwirtschaft und reale Demokratie

Die eröffnete Praxisperspektive beinhaltet, dass die „entbettete“ (Polanyi 1997) oder relativ selbstläufige Verwertungs- und Akkumulationswirt-

⁵¹ Ohne diese Grundvoraussetzung ist auch keine *Demokratie* möglich und kann es keine staatsbürgerlichen *Sicherheiten* geben.

⁵² Die nationale Verfasstheit, wie sich im Bestehenden und in noch vorläufiger Weise auch in der Organisation der Vereinten Nationen reflektiert, gilt so gesehen richtig als Grundprinzip der heutigen Weltordnung.

⁵³ Marx zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ bzw. zur Pariser Kommune: „Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung“ (MEW 17, 340 f.).

schaft, der Abgott der noch bestehenden entfremdeten Zivilisation, tendenziell eingeeht und aufgehoben werden kann. An die Stelle des alten ökonomischen Kalküls kann eine rationale Wirtschaftsrechnung treten, deren Überschüsse im Grunde Ausdruck gesellschaftlichen Ersparnisleistungen bzw. betrieblicher oder gesamtgesellschaftlich disponibler Fonds sind. Die Aufhebung der noch bestehenden historischen „Verdrehung und Verkehrung“ (MEW 42: 721 ff.) im Zuge dieses Formwandels hätte einen doppelten Effekt:

In dem Maße, in dem die ökonomistische Richtungs- und Zielvorgabe der Verwertungswirtschaft und auch das damit zusammenhängende Sucht- und Bereicherungsverhalten an Einfluss verlieren, wird es für den Staat bzw. die Gesellschaft eine *praktische Notwendigkeit*, selbst vollinhaltlich und vorausschauend zu planen und zu disponieren.

Ein solches sozial-ökonomisches Entwicklungssystem könnte als „demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf Basis sozioökonomischer Regulation und Praxis“ gestaltet werden (Müller 2015: 503 ff.).⁵⁴ Ich spreche auch von einer anderen *Wirtschaftsverfassung*, weil sich zeigte, dass die untergründig bereits vorbereiteten Verhältnisse einen neuen „Rechtshorizont“ (MEW 19: 21) eröffnen und entsprechend veränderte, objektiv-real angemessenere Eigentums- und Rechtsverhältnisse implizieren.⁵⁵

Auf dieser veränderten Grundlage hätte das demokratische Leben eine ganz andere Fassung: Es handelte sich um die Institutionalität einer erweiterten und tief gegliederten *Staatlichkeit*, der Vertretung des Souveräns durch ein ganzes Ensemble repräsentativer und partizipatorischer Organe, von der obersten bis zur kommunalen Ebene, auf der Seite der Waren- wie der Sozialwirtschaft, in allen Innen- und bezüglich Außenverhältnissen. Dies mit vollen Zuständigkeiten für die Moderation des sozioökonomischen Prozesses, der gesellschaftlichen Selbsterzeugung. Diese Formbildung einer gesellschaftlichen „Assoziation“ (MEW 42: 92; MEW 25: 456) wäre für das verfasste Gemeinwesen, die *ganze Ökonomie* wie für die Individuen die solideste Grundlage für eine möglichst freisinnige Gestaltung ihrer sozialen

⁵⁴ Im Kampf um reale Demokratie geht es sicherlich um eine *aufgeklärte und partizipative* Form. Es bleiben Fragen nach einer konkreten Verfassung jenseits des ewig prekären Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie und zu einer entsprechenden zivilisierten Praxeologie.

⁵⁵ Jene „Überschreitung des bürgerlichen Rechtshorizonts“ (MEW 19: 21) bedeutet: Dass *Eigentum verpflichtet*, sollte nicht länger als Sandmännchenprinzip gelten. Vielmehr muss „Eigentum“ auch entsprechend objektiv-realen Zusammenhängen von Arbeit und Reproduktion *angeeignet* werden und *effektiv verantwortlich* sein.

Reproduktion und individuellen, „universellen“ Lebensäußerungen (MEW 42: 395 f., 446 f.).⁵⁶

5.3 Gesellschaftliche Wendekräfte, das Wissen und die Wissenschaft

Marx' visionärer Vorausblick besagte: „Von dem Moment aber, wo die bürgerliche Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Distributionsverhältnisse als geschichtliche erkannt sind, hört der Wahn, die als Naturgesetze der Produktion zu betrachten, auf, und eröffnet sich die Aussicht auf eine neue Gesellschaft, ökonomische Gesellschaftsformation, wozu sie nur den Übergang bildet.“ (MEW 26.3: 422).

Allenthalben gehen Ahnungen von dieser historischen Situation um und realiter besteht auch jene „Aussicht“. So ist die Frage nach den gesellschaftlichen Kräften gestellt, die in dem extrem widersprüchlichen, weiter von Krisen erschütterten und dabei noch weithin unausgemachten Prozess eine positive Wendung herbeiführen können:

Erst im sozialkapitalistischen Typ moderner Übergangsgesellschaften ist, über den fundamentalen „Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit“ hinaus, der höchste, „formationelle“ Widerspruch zwischen der noch hegemonialen Kapitalwirtschaft und einer sich kristallisierenden höheren Wirtschafts- und Gesellschaftsform akut. Dieser Widerspruch zweier gleich realer Praxisperspektiven markiert die komplizierte dialektische Situation und die tektonische Bruchlinie, von der sich entsprechende Risse durch alle Felder der gesellschaftlichen Praxis ziehen.

Der unmittelbar vielleicht bedrohlichste Riss zieht sich durch die inadäquat gewordenen, gestörten Wertverhältnisse der sozialkapitalistischen Reproduktionsformierung, die durch die Erfindung des Fiatgeldes, also beliebige Geldschöpfung aufgebläht, durch Staatsverschuldung und sozialinfrastrukturelle Austerität übertüncht, durch postdemokratische, autoritäre Staatlichkeit zusammengezwungen und durch die Realisierung der immer neuen Überproduktionen über den Weltmarkt ventiliert werden. Eine wirkliche Heilung der zugrunde liegenden Zwangswirtschaft im Sinne eines „sozialen“ oder „organisierten Kapitalismus“ war und ist niemals möglich: Im Riesenrad der kapitalistischen Krisen bietet sich immer wieder eine nächste Gondel an und social oder financial reformers laden zur besseren Aussicht ein.

⁵⁶ Der Gesichtspunkt einer primären Selbstbezüglichkeit der Reproduktionsformierung bildet einen entscheidenden Anhaltspunkt zur Positionierung in der umstrittenen, auch europapolitisch aktuellen Frage nach der Rolle des Nationalen. Weiterführend dazu: Stellungnahmen von Wolfgang Streeck und Peter Wahl (2017) sowie eine „Progressive Vision of Sovereignty“ (Mitchell 2017).

Die vorrangig erforderliche Maßnahme wäre im Grunde die „Fiskalrevolution“, im wesentlichen die hinzukommende Kapital(transfer)steuer, die dann, aufgrund der längst überfälligen Ermächtigung eines souveränen, demokratischen Sozialstaats, mit einer tendenziellen systemischen Umstimmung verbunden werden kann.

Vor solcher Umstimmung auf eine haushälterische Wirtschaftsverfassung treiben der systemisch nicht abstellbare Akkumulations- und Wachstumszwang und sein Management ausweglos weiter. Vor allem der damit wachsende materiale Bedarf aus aller Welt sowie die immer wieder neu generierten relativen Überproduktionen können nur auf dem Weg eines möglichst freizügigen globalen Verkehrs realisiert werden. Insofern markiert der Kampf gegen einen ungezügeltten Freihandel die *eine* Hauptfront der Auseinandersetzungen für eine bessere Welt.

Die *zweite* stellt der Kampf gegen die Privatisierung des Öffentlichen, gegen eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Austerität und für die Emanzipation der sozial-infrastrukturellen und kulturellen Dienste dar. Das zielt nicht nur auf die Bewahrung des menschlichen und gesellschaftlichen Naturells der sozialwirtschaftlichen Dienste, sondern bedeutet die sozio-ökonomische Arrondierung für eine alternative Wirtschaftsweise. Insgesamt zeichnet sich so der Grundriss eines philosophisch-wissenschaftlichen und politisch-ökonomischen „Orientierungssystem des Neuen“ ab.

Aber wo sind die für einen Wandel entscheidenden institutionellen und kollektiven Klassen-, Bewegungs- und Produktivkräfte? Es sind die, deren Zukunft objektiv-real und koaktiv mit der sich abzeichnenden Alternative verbunden sind. Sie können aber ohne hinreichend konkrete Vorstellung davon weder genauer identifiziert werden, noch sich selber innerhalb des verwirrten und verwirrenden Spektrums sozialer und geistiger Kräfte finden.

Daher erklären sich auch zu einem guten Teil die immer wieder überlegenen Aktivierungen affirmativer, reaktionärer Kräfte sowie die anhaltenden Verwirrungen und nicht enden wollenden Niederlagen auf der Seite der gesellschaftlichen Linken. Diese Krise der Systemopposition wurzelt tief in einer Auszehrung der philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen, in der Kultivierung nurmehr *kritischer* Gesellschaftsanalysen, dies auch noch ohne politisch-ökonomische Fundierung, oder auch in Fixierungen auf eine traditionelle, negatorisch halbierte politische Ökonomie. Schließlich muss eine Politik, die vor allem das soziale Gewissen anspricht und ohne die nötigen gesellschaftlichen und geschichtlichen Konzeptualisierungen vortritt, „dem Reformismus und der Integration“ (Basso 1976: 26) anheimfallen.

Die nötige konsequente Herausforderung des Bestehenden ist also ebenso an ein entsprechendes *Wissen*, eine praktisch-dialektische *Wissenschaft*-

lichkeit und entsprechende Präsenzen im *gesellschaftlichen Intellekt und in der Kultur* geknüpft wie an alle anderen *Kräfte* oder *Potenziale* der andrängenden Alternative. In diesem Zusammenhang ist von größter Bedeutung die Fortentwicklung der Wissenschaft der politischen Ökonomie im Sinne einer entsprechend ebenso theoretischen wie operativen, zivilisierten Sozioökonomie: Es wäre ein Paradigma, das im Bunde mit Marx, gegen Hayek, auch wesentlich über Keynes und die „Systemgrenzen“ hinaus (Müller 2018c) ins Neuland des 21. Jahrhunderts führt.

Die in diesem Sinne identifizierten Angriffspunkte und Entwicklungsfelder einer Politik gesellschaftlicher Emanzipation und Transformation (Müller 2015: 499 ff.) sollen zur Navigation in einem „rauen und weitläufigen Prozess“ (MEW 40: 553) beitragen, der sehr weit über Legislaturperioden hinaus geht. Es kann sich nach Lage der Dinge auch nur um eine Vorstudie oder Problemexposition für weitere kollektive Forschungsanstrengungen und Diskussionen handeln. Aus der Sicht praktischer, menschliche Vernunft und einer „sozialer Wahrheit“ (Müller 2015: 260 ff.) verpflichteten Wissenschaftlichkeit kann jedenfalls schon jetzt die *Richtung* kaum zweifelhaft sein.

Literatur⁵⁷

- Basso, Lelio (1976): Die Marxsche Staatsauffassung. In: Claudio Pozzoli, Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Zehn Thesen. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 9-26.
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. VSA, Hamburg.
- Bloch, Ernst (1977): Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Westfälisches Dampfboot, Münster. Unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/8019/futuring/>
- Cheng Enfu (2008): Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft. In: Marxistische Blätter (08.09.2008). Aufruf: <http://linksnet.de/artikel/23560>

⁵⁷ Mit ergänzten Literaturhinweisen. Stand: 09. März 2019 .

- Deppe, Frank (2016): Reformalternative heute. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr.107, September 2016. Unter <http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/topic/134.ausgabe-107-september-2016.html>
- Castells, Manuel (1977): Die kapitalistische Stadt. VSA, Hamburg.
- Europäischer Rechnungshof (2018): Öffentlich-private Partnerschaften in der EU: Weitverbreitete Defizite und begrenzte Vorteile. Sonderbericht 09/2018. <https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=45153>
- Fiehler, Fritz (2000): Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommens- theorie. Das Smithsche Dogma und der Richtungswandel in der politischen Ökonomie. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1999. Argument-Verlag, Hamburg, S. 197-211.
- Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018): Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin: Suhrkamp.
- Fleischer, Helmut (1978): Denkformen in Sachen Sozialismus. In: Wolter, Ulf (Hrsg.), Sozialismusdebatte. Historische und aktuelle Frage des Sozialismus. Verlag Olle & Wolter, Berlin, S. 9-35. Aufruf http://www.praxisphilosophie.de/fleischer_sozialismus_denkformen.pdf
- Goldscheid, Rudolf (1976): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 253-316.
- Hickel, Jason (2018): Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist. dtv, München.
- Hahn, Robert (Lt. des Autorenkollektivs) (1984): Die Leitung und Planung der kulturell-sozialen Bereiche. Verlag Die Wirtschaft, Berlin (DDR).
- Hentschel, Armin / Hopfenmüller, Julian (2017): Der lokale Staat. Vier Perioden der Soziogenese deutscher Städte. Metropolis, Marburg.
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Maria u. a. (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hrsg. von der AG links-netz. VSA, Hamburg.
- Hoff, Jan (2016): Befreiung heute. Emanzipationstheoretisches Denken und historische Hintergründe. VSA, Hamburg 2016.
- Kalecki, Michal (1987): Eine Theorie der Güter-, Einkommens- und Kapital- besteuern (1937). In: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays. Metropolis, Marburg, S. 92-99.
- Keynes, John Maynard (2003): Das Ende des Laissez-faire. In: Schui, Herbert und Paetow, Holger (Hg.): Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeld. VSA, Hamburg, S. 13-33.

- Komlosy, Andrea (2002): Der große Bruch? Immanuel Wallerstein prognostiziert ein postkapitalistisches Zeitalter. In: *iz3w* Nr. 262/2002, S. 40 - 43.
 Aufruf: http://www.archiv3.org/volltext_127481.htm
- Krüger, Stephan (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. VSA, Hamburg. Darin: Kritik der Kreislauftheorie (Sozialprodukts-Konzept), 230-242 und Kapitel 12, Der Staat und seine ökonomischen Existenzen, 659-700.
- Läpple, Dieter (1973): Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien. VSA, Hamburg.
- Lefebvre, Henri (1972a): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Marcuse, Herbert (1984): Versuch über die Befreiung. in: Herbert Marcuse Schriften Bd. 8., Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984, 237-317.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW 3): Die Deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (MEW 17): Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (MEW 19): Kritik des Gothaer Programms. In: MEW Bd. 19. Dietz, Berlin (DDR), S. 15-32.
- Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital, Bd. 1. MEW Bd. 23, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW 24): MEW Bd. 24, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW 25): MEW Bd. 25, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (MEW 26.3): Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil. MEW Bd. 26.3, Dietz, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (MEW 40): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW Bd. 40, Dietz, Berlin, S. 465-588.
- Marx, Karl (MEW 42): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857-1859], in: MEW Bd. 42, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl (MEW 30): Brief an Engels v. 6. Juli 1863. In: MEW Bd. 30, S. 361.
- Mattert, Jana u.a. (2017): Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. Aufruf: <https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>).
- Mikl-Horke, Gertraude (2011): Was ist Sozioökonomie? Von der Sozialökonomie der Klassiker zur Sozioökonomie der Gegenwart. Metropolis, Marburg.

Milberg, W. (2018): The Public Economy in Crisis: A Call for a New Public Economics by June Sekera. Book Review in: real-world economics review, issue no. 86 - 2018.

<http://www.paecon.net/PAERReview/issue86/Milberg86.pdf>

Mitchell, William / Fazi, Thomas (2017): Reclaiming the State - A Progressive Vision of Sovereignty for a Post-Neoliberal World. Pluto Press, London.

Müller, Horst (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, 909-924. Aufruf: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>.

Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Books on Demand, Norderstedt. Info: https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_321.htm.

Müller, Horst (2016): Existiert das Neue schon im Alten? Sozialstaat und reale Systemalternative. Videodokumentation zum Vortrag in Linz u. Wien. Aufruf: <https://www.dorftv.at/video/26198>).

Müller, Horst (2018a): Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Praxisphilosophie. Kasseler Philosophische Schriften - NF 8. kassel university press, S. 251-281.

Müller, Horst (2018b): Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Heft 150/2018. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Müller, Horst (2018c): Die neoliberale Globalisierung und Ideen für eine neue Ökonomik. Untersuchungen zu H. Flassbeck / P. Steinhardt: Geschlechterte Globalisierung - Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. https://www.praxisphilosophie.de/neoliberale_globalisierung_und_neue_oekonomik.pdf

O'Connor, James (1974): Die Finanzkrise des Staates. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. C.H. Beck, München.

Polanyi, Karl (1997): The Great Transformation. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Richter, Horst (2012): Die politische Ökonomie des Sozialismus – eine Fehlleistung der Marxistischen Wirtschaftstheorie? Reihe Diskurs, Heft 38. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig.

Reusch, Jürgen / Goldberg, Jörg: Reformalternative und Transformationsdebatte. In: In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 107, September 2016. Aufruf: <https://www.linksnet.de/artikel/42270>.

Schmidt, Gerhard (1959): Das Kapital und seine Besteuerung. Dunker & Humblot, Berlin.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2018a): Karl Marx – Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Erweiterte Neuauflage. Karl Alber, Freiburg/München.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2018b): Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophische Studien zu Marx und zum westlichen Marxismus. Verlag Karl Alber, Freiburg/München.

Schulmeister, Stepahn (2018): Mit der Entfesselung der Finanzmärkte vor 50 Jahren begann der lange Weg in die gegenwärtige Krise. Im Gespräch bei Telepolis - Wirtschaft am 12. Februar 2018. Aufruf: <https://www.heise.de/tp/features/Mit-der-Entfesselung-der-Finanzmaerkte-vor-50-Jahren-begann-der-lange-Weg-in-die-gegenwaertige-Krise-3965253.html?seite=all>.

Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 329-379.

Sekera, June A. (2016): The Public Economy in Crisis: A Call for a New Public Economics. Springer 2016.

Smith, Richard (2016): Green Capitalism. The God that Failed. College publications: WEA Economics series.

Steinhardt, Paul (2017): Schlachtfeld öffentliche Daseinsvorsorge. In: Makroskop am 21.12.2017. Aufruf: <https://makroskop.eu/2017/12/schlachtfeld-oeffentliche-daseinsvorsorge>

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin.

Streeck, Wolfgang (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2015, 99-111 (I); 4/2015, 109-120 (II).

Van Laak (2018): Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft. S. Fischer, Frankfurt am Main.

- Wagner, Adolf (1984): Volkswirtschaftliche Aspekte einer Maschinensteuer. In: Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.): Maschinensteuer – Ausweg aus der Finanzkrise der Sozialversicherung? Heymanns Verlag, Köln, S. 89-129.
- Wahl, Peter (2017): Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. Aufruf: (<http://theorieblog.attac.de/2017/02/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus>).
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien.
- Wallerstein, Immanuel (2008): What is Historical Social Science? Vortrag beim Social Science Research Council, New York. Aufruf: <http://www.ssrc.org/hirschman/content/2008/texts/Wallerstein.pdf>
- Wallerstein, Immanuel u.a. (Hrsg.) (2014): Stirbt der Kapitalismus? Campus, Frankfurt am Main, S. 17-47.
- Wiegand, Felix (2013): David Harveys urbane politische Ökonomie. In: Emanzipation · Jg.3 · Nr. 2 · 2013. Aufruf: http://www.emanzipation.org/articles/em_3-2/e_3-2_wiegand.pdf
- Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin.
- Zuboff, Shoshana (2019): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Campus, Frankfurt/New York.
- Xi Jinping (2017): Bericht auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Peking, am 18. 10. 2017. Aufruf: http://docs.dpaq.de/12860-rede_xi_jinping_19_parteitag_parteikongress_1_.pdf).
- Zinn, Karl-Georg (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. VSA, Hamburg.

Abstract

Die praxiswissenschaftliche Transformationsforschung macht eine Systemalternative und damit Angriffspunkte gesellschaftlicher Emanzipation kenntlich. Dazu wird der Reproduktionstyp moderner Wirtschaftsgesellschaften als Sozialkapitalismus identifiziert, bei dem der Steuer-, Rechts- und Sozialstaat die entscheidende Instanz darstellt. Eine wert-, reproduktions- und transformationstheoretische Analytik mit Marx und über Marx hinaus deckt widersprüchliche Wertverhältnisse und die Anlage zu einer Alternative innerhalb der bestehenden Gesamtkonfiguration auf. Damit wird die herrschende Wirtschaftsweise, insbesondere das einkommensorientierte Steuersystem und die Privatisierung des Öffentlichen grundsätzlich in Frage gestellt. Es zeigt sich, dass die Einführung einer Kapital(transfer)steuer und entsprechende fiskalische Neujustierungen eine fundamentale Umstimmung der Reproduktionsverhältnisse einleiten könnte. Der Sozialstaat würde ermächtigt, die chronische Staatsverschuldung aufgehoben, der Akkumulations- und Wachstumszwang eingehegt und andere Rechtsverhältnisse und wirtschaftliche Organisationsformen könnten zur Geltung gebracht werden. Die Ausfaltung der öffentlichen, sozialinfrastrukturellen und kulturellen Sphäre der sozialwirtschaftlichen Dienste und eine gesamtverantwortliche sozioökonomische Regulierung des Ganzen wären möglich, gerade auch mit Blick auf die globalen Verflechtungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion. Damit zeichnet sich die Gestalt einer zivilisierten Sozioökonomie ab. Diese versteht sich als systemische Alternative zur Kapitalwirtschaft und entsprechenden liberalistischen oder keynesianischen Konzepten. Diese Herausforderung des Bestehenden ist an das Wissen und die Kräfte der andrängenden Alternative geknüpft.